

Correspondenzblatt

der

Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Das Blatt erscheint
jeden Sonnabend.

Redaktion: **H. Umbreit,**
Berlin SO. 16, Engelufer 15.

Abonnementspreis
pro Quartal M. 2,50.

Inhalt:

Internationaler Bericht über die Gewerkschaftsbewegung vom Jahre 1912. III. (Schluß.)	Seite 265
Wirtschaftliche Rundschau	269
Soziales. Eine Rundschau der Gesellschaft für soziale Reform	270
Arbeiterbewegung. Gewerkschaftliche Rundblicke. II: Metallindustrie. — Schiedsgerichtliche Entscheidung	

über Grenzstreitigkeiten zwischen den Verbänden der Brauerei- und Mühlenarbeiter und der Transportarbeiter. — Aus den deutschen Gewerkschaften. — Die Gewerkschaftsbewegung in Kroatien-Slavonien	Seite 272
Hygiene, Arbeiterschutz. Der Arbeiterschutz in der Schweißereiindustrie. II.	277

Internationaler Bericht über die Gewerkschaftsbewegung vom Jahre 1912.

III. (Schluß.)

Der Berichtsteil betreffend die internationalen Berufssekretariate umfaßt 25 Berichte von den 32 bestehenden Berufssekretariaten. Erstmals berichten die Sekretariate der Bergarbeiter, Diamantarbeiter, Handelsangestellten, Maler, Sattler, Steinarbeiter, Textilarbeiter, Töpfer und Zimmerer, während von den Sekretariaten der Bauarbeiter, Bildhauer, Fleischer, Gutarbeiter, Keramarbeiter, Restaurantangestellten und Steinseher diesmal keine Berichte eingingen. Das Bildhauersekretariat ist der internationalen Holzarbeiterunion angegliedert und verzichtet deshalb auf eine selbständige Berichterstattung. Das Sekretariat der Fleischer ist erst im Jahre 1913 gegründet worden und konnte daher noch nicht berichten. Da die erste Konferenz der internationalen Berufssekretariate 1913 in Zürich eine alljährliche Berichterstattung beschlossen hat, so dürften die gegenwärtigen Lücken bald verschwinden.

Die größte Ausdehnung von allen Sekretariaten hat die Internationale Holzarbeiterunion, die sich über 20 Länder erstreckt; das Buchdruckersekretariat folgt mit 13, das der Transportarbeiter mit 17 Ländern. Die größte Mitgliederzahl weist die internationale Verbindung der Metallarbeiter mit 1 106 003 Mitgliedern auf, während die der Transportarbeiter 881 950 umfaßt; in weitem Abstände kommen dann die der Holzarbeiter mit 393 355 und die der Fabrikarbeiter mit 298 061 Mitgliedern.

Den höchsten Beitrag erhebt der internationale Lithographenbund (jährlich 30 Centimes pro Mitglied, während bei den Brauereiarbeitern nur 1¼ Centimes und bei den Metallarbeitern 1¼ Centimes pro Mitglied erhoben werden).

In der umstehenden Tabelle stellen wir die wichtigsten Zahlen über die Ausdehnung und den Umfang, Beitragshöhe, Einnahmen und Ausgaben der internationalen Berufssekretariate im Jahre 1912 zusammen.

Ueber die Jahreseinnahmen, Jahresausgaben und Vermögensbestände sowie die wichtigsten Aus-

gabeposten der den Berufssekretariaten angeschlossenen Gewerkschaften im Jahre 1912 gibt die Tabelle Seite 267 Auskunft.

Die meisten internationalen Berufssekretariate haben eigene Organe, von denen die der Handlungsgehilfen, Lithographen, Metallarbeiter, Textilarbeiter und Holzarbeiter monatlich in 3 bis 4 Sprachen erscheinen, während das Sekretariat der Transportarbeiter neben einem vierteljährlichen Korrespondenzblatt eine wöchentliche Korrespondenz herausgibt. Die übrigen Sekretariate lassen ihre Bulletins in längeren Fristen oder nach Bedarf erscheinen.

Aus den Berichten der einzelnen Sekretariate ist folgendes zu entnehmen:

Das Sekretariat der Arbeiter öffentlicher Betriebe berichtet, daß sich 1912 die belgische Organisation angeschlossen hat. Die französische Organisation trat am 1. Januar 1913 bei. Die Pflege der Statistik bereitet in manchen Ländern noch große Schwierigkeiten. Auf dem Gebiete der Lohnbewegungen ging es meist friedlich zu; nur in Deutschland waren einige Arbeitseinstellungen zu verzeichnen. Die Erfolge waren zumeist recht weitgehende.

Der „Internationalen Vereinigung der Verbände der Bäcker, Konditoren und verwandter Berufsgenossen“ stehen die Verbände von Belgien, Italien, England und Australien noch fern. Im Berichtsjahre fanden in den meisten Ländern Lohnkämpfe statt. Zur internationalen Unterstützung gab ein Kampf in Schweden Anlaß, den das Sekretariat mit insgesamt 41 095 M. unterstützte.

Für die Internationale der Bergarbeiter berichtet deren deutscher Vertreter Otto Que, der die historische Entwicklung des internationalen Zusammenwirkens im Bergbau schildert. Auf dem letzten internationalen Kongreß in Karlsbad waren aus 7 Ländern 1 373 000 Mitglieder vertreten. Ein Comité, dessen Leiter R. Smillie und dessen Sekretär Th. Ashton-England sind, leitet die Internationale.

Das Sekretariat der Bauarbeiter berichtet, daß der Anschluß des amerikanischen Verbandes von dessen Mitgliedern abgelehnt worden ist.

in diesen Klassen sind meistens freigewerkschaftlich organisierte Arbeiter geworden, so daß wir den weiteren Wahlen zu den Versicherungs-, Oberversicherungsämtern usw. mit gutem Gewissen entgegensehen können.

Wir wußten, daß diese Arbeiten des Bezirkskartells durch das hiesige Arbeitersekretariat infolge unseres weit und zerstückelt liegenden Herzogtums Braunschweig—man sehe sich die Entfernung der Gewerkschaftsorte Calvörde, Blankenburg und Eschershausen von Braunschweig nur auf der Karte an—und der finanziellen Opfer allein kaum getragen werden konnten. Dieserhalb und aus weiteren hier nicht alle anzugebenden Gründen erbaten wir schon vor zwei Jahren zwecks Errichtung eines Bezirks-Arbeitersekretariats und Anstellung eines Bezirksarbeitersekretärs von der Generalkommission eine vorläufig laufende Unterstützung finanzieller Art. Die Generalkommission „winkte“ auch uns ab, weil angeblich die Verhältnisse es nicht bedingten in unserem Herzogtum! Wir haben nun seit unserem ersten Ersuchen an die Generalkommission trotz „begründeter Abwinklung“ eines finanziellen Zuschusses unsere Ansicht nicht anders revidieren können, sondern halten die Errichtung eines Bezirks-Arbeitersekretariats und teilweise Finanzierung durch die Generalkommission unumgänglich notwendig im Interesse der Gewerkschaftsbewegung des Herzogtums Braunschweig. Wir haben ferner das Oberversicherungsamt hier erhalten, wo die Arbeiter des Herzogtums in dem Krankenkassenwesen, den Invaliden- und Unfallstreitsachen ihre Vertretung mündlich und schriftlich durch unser erwünschten. Von dem 20 Pf. pro Jahr und pro Gewerkschaftsmitglied betragenden Bezirkskartell-Beitrag können diese Wünsche einschl. Deckung aller Kosten für die erwähnten Wahlen der Versicherungskörperschaften nicht erfüllt werden. Die Gewerkschaften der Großstadt Braunschweig sind also zu hohen Zuschüssen gegenüber den anderen Gewerkschaftskartellen verpflichtet, wenn nicht unseren Gegnern „der Weizen hier blühen“ soll! Die christlichen Gewerkschaften hatten drei Arbeitersekretäre im Herzogtum und im Harzgebiet mehrfach festzusetzen versucht, mußten aber wieder zeitweise ihre Sekretariate aufgeben. Dieser Mißerfolg der „Christen“ ist nur durch die fruchtbringenden Arbeiten des Bezirkskartells und des Braunschweiger Arbeitersekretariats zu verzeichnen möglich gewesen.

Da die übrigen Gewerkschaftskartellorte des Herzogtums Braunschweig sich aber infolge anderer örtlicher Gewerkschaftsverpflichtungen außerstande erklärten, den jetzt bestehenden Bezirkskartellbeitrag zu erhöhen, sondern teilweise noch Zuschüsse zu den Wahlkosten der Versicherungskörperschaften beanspruchten vom Braunschweiger Kartell, so dürfte es Aufgabe der Generalkommission sein, diese Frage nicht nur hier, sondern für die Zukunft im Deutschen Reich regeln resp. zu erfüllen versuchen, weil es fast überall ähnlich liegt. Sollte die Generalkommission mit den ihr jetzt zur Verfügung stehenden finanziellen Mitteln diese Bezirks-Arbeitersekretariatsfrage nicht zu lösen imstande sein, so dürfte der bevorstehende Gewerkschaftskongress ihr Gelegenheit bieten, mit den Zentralverbänden hierüber Rücksprache zu nehmen. Die Zentralverbände könnten diese Regelung unmöglich ablehnen,

denn die geschaffene Reichsversicherungsordnung stellt die Arbeiterschaft vor eine Menge indirekter Pflichten, die nur durch die Bezirks-Gewerkschaftskartelle und von den damit verbundenen Bezirks-Arbeitersekretariaten gelöst und erfüllt werden können. Sicherlich werden dem Gewerkschaftskongress in München diesbezügliche Anträge vorliegen, damit endlich die Errichtung und Finanzierung der Bezirks-Arbeitersekretariate weiter vor sich gehen kann, denn auch die vor Jahren errichteten Bezirks-Partei sekretariate haben sich als nützliche Institutionen der Arbeiterschaft erwiesen und gute Früchte gezeitigt.

Rudolf Vogler-Braunschweig.

Nachwort der Redaktion: Zu der gleichen Frage sind uns noch mehrere Einsendungen aus Kreisen der Arbeitersekretäre zugegangen, die wir nacheinander zur Veröffentlichung bringen werden. Im Anschluß daran gedenken wir auch die Stellungnahme der Generalkommission und der Gewerkschaftsvorstände darzulegen.

Gewerkschaften und Arbeitergesundheitspflege.

k. Das Gewerkschaftskartell in Frankfurt am Main faßte einen bemerkenswerten Beschluß auf dem Gebiete der Arbeitergesundheitspflege. Es stimmte dem Vorschlag auf Errichtung einer örtlichen Centrale für Arbeitergesundheitspflege zu. Angeregt wurde die Schaffung dieses Instituts von dem bekannten Hygieniker Dr. med. Hanauer, Frankfurt a. M. Das Kartell befaßte sich wiederholt mit der Frage; es wurden auch Stimmen gegen die Gründung laut, die sich von ihr nicht viel versprachen. Zweifellos ist es ja Aufgabe von Staat und Kommune, die Gesundheitspflege des Volkes zu fördern, aber wie auf anderen sozialen Gebieten müssen auch hier die Gewerkschaften vorbildlich vorgehen. Aus diesen Erwägungen heraus beschloß das Kartell, die Tätigkeit in Gesundheitsfragen aufzunehmen.

Die Aufgabe der Centrale für Arbeitergesundheitspflege soll sein, die Gesundheit der Arbeiterschaft zu erhalten, sie durch theoretische Untersuchungen und praktische Maßnahmen zu fördern.

Die wichtigsten Gebiete der Betätigung sind: Die Besserung der Wohnungsverhältnisse, die Hebung der Volksernährung, die Gewerbehygiene, die Krankenfürsorge, die Bekämpfung der Volkskrankheiten, die Bekämpfung der Säuglingskrankheiten, und schließlich die hygienische Kinder- und Jugendfürsorge.

Träger der Centrale ist das Gewerkschaftskartell. Zur Mitarbeit sind berufen Einzelpersonen sowie Vertreter von Organisationen, die sich mit Fragen der Volksgesundheit befassen. Als unterstützende Vereine sind u. a. gedacht: die Krankenkassen, der Konsumverein, Volksbau- und Sparverein, Verein zur Bekämpfung der Schwindsuchtsgefahr, Hygienischer Verein, Ärztlicher Verein, Verein für Säuglingsfürsorge, Verein zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, Verein gegen Mißbrauch geistiger Getränke, Mutterschutz und andere soziale Vereine. Wie man sieht, ist die Centrale auf recht breiter Grundlage geplant. Hoffentlich entsprechen die Erfolge der Centrale den gehegten Erwartungen. Für die Gewerkschaften bedeutet die Centrale die Betätigung auf einem neuen Gebiet.

Internationales Sekretariat der	Zahres-einnahme	Zahres-ausgabe	Vermögens-bestand	Ausgaben für										
				Reise- unterstützung	Arbeitslosen- unterstützung	Kranken- unterstützung	Invaliden- unterstützung	Sterbegeb.	Sonstige Unterstützung	Unterstützung insgesamt	Streiks	Verbands- organ und Bibliothek	Sonstige Propaganda Proj. u. d. v.	Verwaltung
				Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.
Büder	3346561	2196273	1150288	13281	418214	290356	—	23519	46453	791773	569496	136419	290649	407936
Frisöre	71302	68120	24852	427	5715	1598	—	195	1311	9246	—	6878	24216	27781
Buchbinder	1336882	973211	1737681	1 5517	1 241928	131186	—	9289	7745	43069	432734	91485	—	—
Schuhmacher und Lederarbeiter	2381534	1831675	4353671	32359	376234	510082	—	7462	89284	13723	1029144	270188	113301	74943
Brauereiarbeiter	2535997	1602588	5169473	—	—	—	—	—	—	—	408307	2 413754	135649	—
Bauarbeiter	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Fleischer	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Zimmerer	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Bildhauer	3626191	1958556	5202364	24834	779042	16186	—	—	8566	3 70740	899368	61125	113933	680398
Handlungsgehilfen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Diamantarbeiter	1808000	668000	8720000	—	97600	127200	—	—	59200	—	284000	83200	4400	—
Fabrikarbeiter	8715779	4742134	3973645	36523	981812	977710	—	—	119321	113043	2228409	1197757	166177	743984
Kürschner	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Glasarbeiter	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Gitarbeiter	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Hotel- u. Restaur.- Angestellten	625000	400000	87000	5000	120000	106000	—	—	40000	11000	282000	56000	30000	17000
Lithographen	2077678	2413432	1553856	—	353891	368956	—	—	171913	—	895760	917228	—	—
Metallarbeiter	38088041	28597514	44069064	436947	5125777	5805661	—	—	3481091	694671	1230239	16774388	3373549	1000624
Bergarbeiter	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	979578
Maler	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	6469377
Steinleger	342312	256904	398961	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Keramatarbeiter	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Töpfer	565412	477512	459067	14705	83991	68865	—	—	—	—	—	—	—	—
Buchdrucker	7805839	6438918	15506910	334138	1847850	1809180	—	—	9838	10365	187764	66086	49769	109886
Sattler	441818	—	6 670001	8960	73185	54629	—	—	216091	—	4904899	247128	—	63907
Gemeinbearbeiter	1420287	1202776	942011	—	37845	225849	—	—	—	—	12086	148860	77980	23486
Steinarbeiter	882023	541486	910523	—	—	—	—	—	57768	—	22548	344010	69950	92350
Schneider	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	285587	305073
Textilarbeiter	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	310842
Tabakarbeiter	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Transportarbeiter	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Holzarbeiter	12150790	9345841	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—

¹ Reise- und Arbeitslosenunterstützung ist meistens verschmolzen. ² Und Lohnbewegungen. ³ Darunter 23 581 Mk. Unfallsunterstützung. ⁴ Und für Agitation und sonstige Zwecke. ⁵ Die Art der Rechnungsstellung in einigen Verbänden gestattet nicht, diese Ausgabenposten allgemein zu bestimmen. ⁶ Von 5 Verbänden. ⁷ Auch für Lohnbewegungen ohne Arbeitsunterstützung.

Das Sekretariat der Glasarbeiter teilt mit, daß die amerikanischen Kollegen noch nicht zum Anschluß zu bewegen waren. Die französische Organisation ist nach dem Kongresse von 1911 ausgetreten, weil ihr Antrag auf Einsetzung eines Exekutivcomitès aus Vertretern von fünf Ländern vom Kongreß abgelehnt worden war. Auch die Verbindung mit den englischen Weißglasmacherorganisationen ist noch nicht gelungen. In Italien sind die Organisationen infolge des Krieges zusammengebrochen. Auch in den Balkanländern ist ein Rückschlag eingetreten. Die wichtigste Frage in der Glasindustrie ist zurzeit die Bekämpfung der Kinderarbeit, die mit großen Gesundheitsgefahren verbunden ist. Das Sekretariat wirkt in allen Ländern für ein gesetzliches Verbot der Kinderbeschäftigung.

Das Sekretariat der Handlungsgehilfen (Amsterdam) berichtet zum ersten Male. Es gibt die wichtigsten Daten und Beschlüsse über die Gründung des Sekretariats wieder, die 1904 in Amsterdam erfolgte, sowie den Wortlaut des Reglements für das Sekretariat. Das letztere umfaßte 1912 in 11 Ländern 55 139 Mitglieder. Die französischen und amerikanischen Kollegen stehen ihm noch fern. Ueber die Schutzgesetzgebung für Handlungsgehilfen in den verschiedenen Ländern wird zurzeit Material gesammelt.

Die Internationale Union der Holzarbeiter ist sicher eine der bestgefüge- internationalen Verbindungen. Sie umfaßt 41 Verbände in 20 Nationen und nahezu 400 000 Mitglieder, wovon etwa die Hälfte auf Deutschland

kommt. Die Statistik ist gut entwickelt, die Finanzen gut geordnet. Das Bulletin der Union erscheint in vier Sprachen. Drei Verbände riefen im Berichtsjahr die Hilfe der Union in Kämpfen an. Die erhobenen Unterstützungen ergaben 10 564 Mk.

Vom Internationalen Kürschner-Sekretariat wird berichtet, daß das Jahr 1912 ein Kongreßjahr aller vier angeschlossenen Verbände war. Das Jahr 1911 brachte eine große Berufskrisis mit Aussperrung in Deutschland. Infolge dessen machten die Organisationen keine Fortschritte. In New York wurde ein zwölfwöchiger Generalstreik geführt, der mit dem vollständigen Siege der Arbeiter endete und zur Verschmelzung der beiden am Kampfe beteiligten Organisationen führte. Das Sekretariat unterstützte den Streik mit 2000 Mk.

Der Internationale Bund der Lithographen, Steindrucker und verwandten Berufe umfaßt jetzt auch die Berufskollegen der Vereinigten Staaten und Brasiliens. In Deutschland ist der Verband zurückgegangen, und infolge veränderter Produktionsverhältnisse sind bei den Lithographen und Steindruckern weitere Verluste zu befürchten. Eine Statistik bietet gute Uebersicht über die Organisationsverhältnisse in den angeschlossenen Ländern.

Auch vom Internationalen Sekretariat der Maler liegt zum ersten Male ein Bericht vor, den der jüngst verstorbene Sekretär Tobler-Hamburg verfaßt hat. Er schildert die bis auf das Jahr 1891 zurückgehenden Versuche internationaler Verbindung, die erst 1903 zur Schaffung eines Gegenseitigkeits- und 1911 zum Abschluß eines

Einnahmen und Ausgaben der internationalen Berufssekretariate im Jahre 1912.

Internationales Sekretariat der	Angehörige Centralverbände		Angehörige Lokalvereine		Zahl der Mitglieder	Einnahmen				Ausgaben						Regelmäßiger Jahresbeitrag pro Mitglied	
	Zahl	in Ländern	Zahl	in Ländern		Beiträge	Sammlungen für Streiks	Sonstige	zusammen	Bücher, Zeitungen, Drucksaßen	Agitation	Streiks und Aussperr.	Hilfsleistungen	Verwaltung	Sonstige		zusammen
Bäcker	16	13	—	—	68681	43182	—	—	43182	36	410	41005	64	227	7	41889	3 1/4
Friseur	4	4	—	—	4850	188	—	24	242	454	—	10	—	—	—	464	12
Buchbinder	13	13	1	1	49906	1957	—	—	1957	580	140	—	116	17	15	868	6
Schuhmacher und Lederarbeiter	13	13	—	—	105600	2988	4424	327	7089	140	—	4424	382	—	198	5144	6
Branchearbeiter	9	9	—	—	130892	651	—	—	651	—	—	—	—	307	—	307	1 1/4
Bauarbeiter	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?
Fleischer	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Hilfsmacher	6	6	—	—	83803	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Hilfshauer	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Handlungsgehilfen	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?
Diamantarbeiter	1	1	16	6	15212	21618	—	2307	23925	—	—	—	—	23998	—	23998	—
Fabrikarbeiter	8	8	?	?	298001	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Stärkner	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?
Glasarbeiter	14	14	2	2	29280	3338	10899	—	14237	682	—	10783	606	1121	—	13141	19 1/4
Gitarbeiter	15	15	—	—	32913	3243	1726	1773	6742	1413	160	2550	593	500	—	5316	15
Hotel- u. Restaurant- Angestellten	6	6	5	4	20529	695	—	6	701	562	—	—	—	—	—	562	5
Lithographen	20	15	—	—	35923	7426	—	—	7426	1510	386	—	216	718	133	2963	30
Metallarbeiter	?	?	?	?	1106003	9364	—	2041	11405	7086	—	—	327	1940	1229	10532	1 1/4
Bergarbeiter	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?
Maler	10	10	—	—	72074	3313	—	—	3313	296	810	—	180	200	539	1475	6
Steinseher	8	8	2	2	?	1009	—	11	1020	—	—	—	51	15	890	896	12
Keramiker	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?
Töpfer	6	6	2	2	16114	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Buchdrucker	18	18	—	—	137451	11195	6545	219	17959	2547	2142	6545	10	4668	281	16193	10
Sattler	6	5	—	—	20119	552	—	11	563	—	—	—	5	—	—	568	2
Gemeindearbeiter	10	9	—	—	72025	1802	—	25	1827	—	125	—	1262	142	10	1539	3 1/4
Strutarbeiter	16	16	—	—	75000	1175	1746	—	2921	—	253	1746	171	748	3	2921	3
Schneider	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?
Textilarbeiter	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?
Tabakarbeiter	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?	?
Transportarbeiter	43	17	7	4	881950	36777	—	—	36777	11067	1774	100	4107	6710	—	23758	7 1/2
Holzarbeiter	39	20	2	2	393355	4699	10565	4	15268	3612	—	10300	1054	895	371	16232	1 1/2

weil man dort befürchtete, in hohem Grade zu den Kosten der Kämpfe in Europa herangezogen zu werden. Streiks fanden im Jahre 1912 nur in Deutschland und Oesterreich statt; sie wurden meist mit Erfolg beendet, ohne daß die Internationale um Unterstützung angerufen wurde. Zu friedlichen Lohnbewegungen kam es in allen Ländern; ihre Zahl war 1084, davon 704 in Deutschland und 231 in Amerika. Die Arbeitszeitverkürzung hat gute Fortschritte gemacht. Die internationalen Beziehungen gestalten sich immer freundschaftlicher.

Das Internationale Buchbindersekretariat hatte im Berichtsjahr die Ergebnisse einer Erhebung über Frauenarbeit zusammenzustellen. Große Kämpfe waren nicht zu führen, nur in Italien kam es zu einigen Streiks und Ausperrungen, die erfolgreich für die Arbeiter verliefen. Der Gegenseitigkeitsvertrag hat sich gut bewährt. Das Sekretariat hofft auf den baldigen Anschluß der englischen und amerikanischen Verbände.

Das Internationale Buchdruckersekretariat berichtet, daß Kämpfe in Sarajewo und in den russischen Ostseeprovinzen unterstützt werden mußten. Es teilt die Beschlüsse des sechsten internationalen Kongresses in Stuttgart mit, die sich hauptsächlich auf die Unterstützung von Lohnkämpfen erstrecken.

Der Internationale Diamantarbeiterbund berichtet erstmalig über seine Entstehung und Erstarbung. Der erste internationale Berufskongreß wurde 1891 in Charleville abgehalten, der Bund 1905 in Paris gegründet. Er zählte 1912 15212 Mitglieder, davon 10153 in Holland, 3965 in Belgien, 1261 in Frankreich, 360 in Deutschland, 310 in den Vereinigten Staaten

und 25 in Großbritannien. Der Bund hat große Kämpfe um den Achtstundentag und die Lehrlingsstala durchgeführt. Besonders die letztere spielt für die Diamantindustrie eine wichtige Rolle. Der Beitrag an den Bund beträgt 2 Fr. pro Jahr und Mitglied. Dafür organisiert der Bund die Propaganda, übernimmt bei Verlagen der eigenen Mittel einer bestreikten Organisation die Streikunterstützung und hat sogar im Jahre 1906, als in Frankreich ein Fabrikant nicht nachgeben wollte, eine eigene Fabrik (San Claudienne) eröffnet, um den Arbeitern Arbeit zu verschaffen.

Das Internationale Sekretariat der Fabrikarbeiter berichtet recht eingehend auf statistischer Grundlage über die ihm angeschlossenen Landesorganisationen. In 5 Ländern waren 796 Lohnbewegungen und -kämpfe mit 108230 Beteiligten zu verzeichnen. Es wurden für 27695 Personen Arbeitszeitverkürzungen in Höhe von 56969 Stunden und für 71342 Personen Lohn erhöhungen im Betrage von 136871,25 Mk. pro Woche errungen.

Das Sekretariat der Friseurgehilfen klagt, daß in seinem Berufe die internationale Verbindung noch wenig Bedeutung erlangt habe. Die Meister haben eine internationale Vereinigung, die 1912 ihren 2. Kongreß in München abhielt. Der Versuch, die Organisation in England durch Schaffung eines Fachorgans zu fördern, ist fehlgeschlagen. Die dänischen Kollegen haben den Anschluß an das Sekretariat beschlossen, die 3000 Mitglieder starke amerikanische Organisation hält sich noch fern, weil sie starke Einwanderung fürchtet. Der Verband von Neuschwaben hat den Anschluß abgelehnt.

Wirtschaftliche Rundschau.

Das Wachstum der Mannesmannwerke — Der Sieg des gemischten Betriebes über die Spezialproduktion — Neue Bankfusionen: Schaaffhausen-Discount-Gesellschaft.

Auf den beiden Gebieten, die schon immer die größten Kapitalkostlosigkeiten aufwiesen: im Montan-gewerbe und im Bankwesen, bereiten sich soeben zwei der bezeichnendsten Verschmelzungen vor. Die Discountgesellschaft, die alte Hansemannsche Schöpfung aus der Jugendzeit des deutschen großbürgerlichen Aufstrebens, wird auf das engste den Schaaffhausenschen Bankverein an sich fesseln, der einst in Köln mit der rheinischen Industrie- und Handelsentwicklung groß geworden war und dann auf dem schlüpfrigeren hauptstädtischen Boden des Börsentreibens und der Grundstückspekulation sich ziemlich unglücklich bewegte. Im alten westlichen Schwerindustriengebiet wiederum wird der Mannesmannkonzern die letzten Einseitigkeiten des „reinen“ Spezialbetriebes abstreifen und einen großen Schritt weiter zum in sich abgeschlossenen „gemischten“ Riesenwerk vollziehen.

Seit der Mitte der achtziger Jahre löste in Deutschland der Gedanke, Rohre nahtlos zu walzen, zu pressen oder zu ziehen, die lebhaftesten Ideen-kämpfe aus, und die Firma Mannesmann trug schließlich neben Ehrhardt und anderen Großkapitalisten die glänzendsten Siegereinnahmen davon. Obwohl mächtige Müttenkonzerne, wie Thyssen und Gelsenkirchen mehr und mehr große rheinische Röhrenwerke sich angeschlossen und zeitweise einen erbitterten Konkurrenzkampf eröffnet haben, befindet sich weit mehr als die Hälfte der gesamten deutschen Röhrenausfuhr, die hoch über der englischen und belgischen steht, in den Händen des Mannesmannkonzerns, der zuletzt die gesamte Röhrenproduktion einer Anzahl weiterer deutscher Röhrenwerke für den Verkauf auf 30 Jahre pachtete. In den wichtigsten Auslandsstaaten unterhält die Firma eigene Porens und Zweigniederlassungen, in England, Italien und Oesterreich auch eigene Röhrenwerke. 1910 betrug das Aktienkapital noch 22,50 Millionen Mark, Anfang 1911 waren, nach der Uebersicht der „Frankfurter Zeitung“, den Aktionären 7½ Millionen neue Aktien zu 175 Proz. angeboten; noch im selben Jahre wurden weitere 3 Millionen Mark für den Erwerb des Grobblechwalzwerkes Grillo, Funke u. Co. ausgegeben. Im März 1912 folgte abermals die Begebung von 12 Millionen Mark Aktien, von denen den Aktionären 11 Millionen zum Kurse von 170 zur Verfügung standen; der Erlös diente vorwiegend zum Ausbau der ausländischen Tochtergesellschaften und der Anlagen in Rath und Bous. Ende 1912 schritt man schließlich zum Erwerb der Kurzenmehrsheit der Steinföhrenzeche „Königin Elisabeth“; entsprechend wurde das Kapital um nochmals 16 (auf 61) Millionen Mark erhöht. Für 1913/14 soll wieder, wie im Vorjahre, eine Dividende von 13½ Proz. verteilt werden. An der Berliner Börse werden gegenwärtig, am 27. April, die Aktien mit 206 notiert.

Dieses glänzende Geschäftsergebnis war, wie man sieht, mehr und mehr mit einer stärkeren Eigengewinnung sowohl der Roh- und Brennstoffe wie der Halbfabrikate verbunden. „Unsere Gesellschaft“, heißt es in dem Geschäftsbericht für 1913/14, „hat ihre Existenz auf einem Spezial-Fertigfabrikate-Gebiet aufgebaut. Eine solche Gesellschaft kann der

Entwicklung unserer modernen Großbetriebe, die nichts anderes als die gewalttätige Eroberung der Produktion und der Märkte aller Fertigerzeugnisse bedeutet, nicht ruhig Gewehr bei Fuß zuschauen. Sie muß beizeiten dafür sorgen, daß sie in der Lage ist, auch ihrerseits auf andere Gebiete übergzugreifen.“ Zur Deckung des Kofsbedarfes kann man seit 1912 die Zeche „Königin Elisabeth“ heranziehen. Aus einem eigenen Stahlwerk in Saarbrücken konnte man sich bereits mit einem Teil des Stahlbedarfs versorgen. Das noch fehlende oder nicht ausreichende Mittelglied der Eisen- und Stahlerzeugung soll nunmehr durch den Erwerb des Stahl- und Blechwalzwerkes Schulz-Anaudt in Hüdningen und in Verbindung damit, durch Errichtung neuer Anlagen geschaffen werden; eine Erweiterung des Stahlwerkes und eine Hochofenanlage zur Herstellung des nötigen Roheisens ist auf dem Hüdinger Terrain geplant. Die sämtlichen Fusions-, Erweiterungs- und Neubaupläne bringen nach dem Gewährsmann der „Frankfurter Zeitung“ einen Geldbedarf von 28 Millionen Mark mit sich, wovon nur nominal 2½ Millionen Mark Aktien (mit etwa 5 Millionen Wert) und ebensoviel Obligationen für die Uebernahme von Schulz u. Anaudt bestimmt sind. Im ganzen soll, neben der noch nicht bezifferten Obligationenausgabe, zur Ausgabe von 11 Millionen Mark neuer Aktien gegriffen werden. Die Firma selber schreibt hierzu in ihrer Preisveröffentlichung sehr charakteristisch: „Wir beabsichtigen auf dem für den Zweck besonders geeigneten, sehr günstig am Niederrhein gelegenen Grundstück von Schulz-Anaudt Hochofen zu errichten und das vorhandene Stahlwerk derart auszubauen, daß wir hier sowohl den Stahlbedarf des Blechwalzwerkes Schulz-Anaudt als auch den unseres Blechwalzwerkes: Gewerkschaft Grillo, Funke u. Co. in Gelsenkirchen, so erheblich viel billiger herstellen können, daß wir auf dem Blechmarkt und auf dem Gebiet der großen geschweißten Röhren unsere volle Wettbewerbsfähigkeit wieder erlangen. Es ist ferner beabsichtigt, die Blechwalzwerke in Hüdningen und Gelsenkirchen zu spezialisieren, um auf diese Weise einen weiteren erheblichen Vorsprung unserer Konkurrenz gegenüber zu gewinnen. Endlich sollen für unsere Stahlerzeugung in Saarbrücken-Wurbach und auf unseren ausländischen Werken die erforderlichen Roheisenmengen in dem neu zu errichtenden Hochofenwerk in Hüdningen hergestellt werden. Die Lieferung des für die Roheisenerzeugung in Hüdningen erforderlichen Kofses wird durch unsere Zeche, die Gewerkschaft „Königin Elisabeth“, stattfinden, bei der die ungünstigen Folgeerscheinungen der zeitweiligen Einschränkungen der Kofsp Produktion auf diese Weise ausgeschaltet werden. Die Werksanlagen in Hüdningen sollen den Namen „Mannesmann-Röhrenwerke Abteilung Schulz-Anaudt“ führen.“ Mit der neuen Ausdehnung und mit der Erhöhung des nominellen Aktienkapitals auf 72 Millionen Mark würde sich das einstige „Fertigfabrikat-Spezialwerk“ den großen gemischten Werken des Westens ebenbürtig an die Seite stellen. Nur in der Erzbergföhrung wäre es noch ausschließlich auf den Einkauf und den Markt angewiesen.

Die jüngste Bankenverbindung bietet nach ihrem Wesen nichts Neues mehr. Einzigartig ist sie nur nach ihrem Größenmaßstab. Die Discountgesellschaft übernimmt das Berliner Geschäft von Schaaffhausen vollständig. Dagegen sucht man die Empfindlichkeit des Westens gegen alle unmittelbare und allzu deutliche Berliner Bevormundung da-

Kartellvertrages über internationale Unterstützung führten. Das Sekretariat wurde erst 1911 beschloffen. Es umfaßt 10 Länder mit 72 000 Mitgliedern. Frankreich, Belgien, England und Amerika stehen der Internationale noch fern.

Der Internationale Metallarbeiterbund, nächst den Bergarbeitern die größte Berufsinternationale, hatte im Berichtsjahr keine Unterstützungsaktionen zu verzeichnen und konnte sich daher auf die Propaganda und Auskunftserteilung beschränken. Der Ausbau des Gegenseitigkeitsverhältnisses hat vor allem mit Schwierigkeiten in England zu kämpfen, wo zwar 18 Verbände dem Bund angehören, aber noch immer kein engeres Verhältnis zwischen diesen herbeigeführt werden konnte. Ein vom Sekretär ausgearbeiteter Entwurf konnte noch nicht erledigt werden. Die Berichterstattung in den einzelnen Ländern funktioniert noch mangelhaft. In einigen Ländern werden den Gewerkschaften seitens der Behörden große Schwierigkeiten gemacht, vor allem in Frankreich und Rußland. In St. Petersburg ist der dem Bund angeschlossene Metallarbeiterverband aufgelöst worden.

Zu den erstmalig berichtenden gehört auch die Internationale Vereinigung der Sattler, die auf einer Konferenz 1906 in Dresden gegründet wurde. Der Begründung des Sekretariats gingen langjährige Freundschafts- und Gegenseitigkeitsbeziehungen voraus. Die geringe Ausbreitung der Industrie setzt dem Sekretariat enge Grenzen. Auf der Wiener Konferenz 1913 wurde daher die Erweiterung zu einem gemeinsamen internationalen Sekretariat für die ganze Lederindustrie angestrebt. Der Antrag ist vorläufig abgelehnt, wird aber von neuem gestellt werden.

Das Internationale Sekretariat der Schneider berichtet über den Stand der Organisationen, sozialpolitische Fortschritte in den verschiedenen Ländern und über die im Jahre 1913 in Wien stattgefundene internationale Schneiderkonferenz. Die Statistik gibt eine gute Uebersicht über die Entwicklung der angeschlossenen Organisationen. Auch über die Lohnbewegungen, wirtschaftlichen Erfolge und Tarifverträge wird eingehend berichtet.

Für die Internationale Schuh- und Lederarbeiterunion war das Berichtsjahr 1912 nicht günstig. In den meisten Ländern herrschte schlechter Geschäftsgang, nur der englische Verband erfreute sich eines größeren Aufschwungs. Die skandinavischen Länder haben unter sich einen Gegenseitigkeitsvertrag zur Unterstützung in Lohnkämpfen abgeschlossen. Trotz ungünstiger Wirtschaftslage war eine lebhafte Streikbewegung vorhanden. Ein Lohnkampf in der Schweiz erforderte finanzielle Beihilfe des Sekretariats, die 424 Mt. erbrachte.

Das Internationale Steinarbeitersekretariat in Zürich ist 1903 gegründet worden; sein Vorgänger war eine internationale Agitationskommission. Es umfaßt alle europäischen Landesverbände mit Ausnahme Englands und Rußlands und die südamerikanischen Länder spanischer Zunge. Die amerikanischen, afrikanischen und australischen Organisationen englischer Zunge haben sich noch nicht angeschlossen. Die Mitgliederzahl betrug 1906 erst 44 260, jetzt schon über 75 000.

Das Internationale Sekretariat der Tabakarbeiter ergänzt seinen vorjährigen, bis zum Jahre 1910 reichenden Bericht durch die Wiedergabe des Sekretariatsreglements,

des Kassenberichts für die Geschäftsperiode 1910 bis 1912 und durch eine internationale Statistik über die Stärke, Einnahmen und Ausgaben der angeschlossenen Verbände.

Den umfangreichsten Bericht erstattet auch diesmal der Centralrat der Internationalen Transportarbeiterföderation. Er erstreckt sich auf die Erfolge in der Ausbreitung der Föderation, auf die Kämpfe im Berichtsjahr, auf das Vorgehen von Arbeitgebern und Regierungen, auf die innere Organisation, Statistik, Informationen und Veröffentlichungen, auf die technische Entwicklung im Transportwesen und über die weiteren Aufgaben der Föderation. In diesen Kapiteln ist eine große Fülle interessanten Materials verarbeitet, das für den internationalen Verkehr sicherlich von hohem Werte ist. Die Durchführung der Aufgaben des Sekretariats hängt natürlich vom Stande der Organisation in den einzelnen Ländern ab. Die Organisationen im Transportgewerbe haben noch vielfach mit lokalistischen und separatistischen Strömungen zu rechnen. Der Berichterstatter tritt demgegenüber sehr entschieden für die Einheitsorganisation ein in der Erkenntnis, daß eine aktionsfähige Internationale von starken nationalen Verbänden getragen sein muß.

Für die Internationale Vereinigung der Textilarbeiter (Sitz Manchester, England) berichtet der deutsche Vertrauensmann Wagener über deren Vorläufer und Gründung. Das internationale Sekretariat wurde 1893 in Zürich gegründet und England zu dessen Sitz bestimmt. Die internationalen Kongresse finden alle drei Jahre statt. Das Sekretariat gibt ein dreisprachiges Blatt in zweimonatlichen Fristen heraus. Das Textilarbeitersekretariat ist eines der wenigen, die auch die großen englischen und amerikanischen Verbände umfassen.

Vom Internationalen Sekretariat der Töpfer liegt der erste Bericht, hauptsächlich historischen Inhalts, vor. Die internationalen Bestrebungen traten 1873 auf, führten aber erst 1894 zu einer internationalen Konferenz, die die Reiseunterstützung regelte. 1907 kam es zu einem Gegenseitigkeitsvertrag. Streikunterstützung wird nur in Notfällen und freiwillig gewährt. Beiträge werden nicht erhoben.

Den Schluß bildet der Bericht des internationalen Vertrauensmannes der Zimmerer, der seit 1903 die einzige Instanz zur Pflege der internationalen Beziehungen im Verufe bildet. Bisher ist nur der Uebertritt für zureisende Mitglieder ausländischer Bruderorganisationen und die Reiseunterstützung geregelt. Bei Lohnkämpfen, die internationaler Unterstützung bedürfen, wendet sich der internationale Vertrauensmann an die übrigen Landesorganisationen. Im Berichtsjahr war die Organisationsentwicklung stark durch große Arbeitslosigkeit gehemmt.

Es ist zu hoffen, daß der Beschluß der ersten internationalen Konferenz der Berufssekretariate zu einer geregelten Statistik und Berichterstattung in diesem wichtigen Organisationsbereich der Gewerkschaftsbewegung führt, so daß die künftigen Jahrbücher ein möglichst geschlossenes Bild von den internationalen Wirken der Gewerkschaften zu geben vermögen.

durch zu schonen, daß man in Köln einen neuen rechtlich in sich selbständigen Schaaffhausenschen Bankverein mit einem Aktienkapital von 100 Millionen Mark und 10 Millionen Mark offenen Reserven gründet. Zur Durchführung der Transaktion erhöht die Discontogesellschaft ihr Kapital um 75 auf 300 Millionen Mark. Sie ragt damit weit über alle deutschen Großbanken hinaus, nachdem die Deutsche Bank erst jüngst von 200 auf 250 Millionen Mark Aktienkapital emporgewachsen ist.

Man erwartet übrigens weitere ähnliche Vorstöße des Berliner Großbankentums nach den westlichen Hochsitz der deutschen Industrie. Die letzte Kapitalserhöhung der Deutschen Bank stammte aus der Auffaugung der Bergbank, eines für das rheinisch-westfälische Industrieviertel hochwichtigen Finanzinstituts. Die Disconto-Gesellschaft unterhielt bisher schon enge Beziehungen zum Barmer Bankverein. Stein Wunder, daß sich jetzt die Dresdner Bank nach „Kompensationen“ umschauf, wie ein Großstaat nach eigener Ländervergrößerung, wenn andere Großstaaten neue Gebiete besetzen. Die Kapitalskonzentration entwickelt sich gerade im Bankwesen nach wie vor mit unheimlicher Kraft und Geschwindigkeit.

Berlin, 28. April 1914. Max Schippel.

Soziales.

Eine Kundgebung der Gesellschaft für soziale Reform.

„Organisationszwang und Organisationsfreiheit.“

Unter obigem Thema fand am Mittwoch, den 22. April, eine von der Gesellschaft für soziale Reform einberufene öffentliche Versammlung statt. Referenten waren Professor Dr. Franke und Magistratsrat Wölbling.

Professor Franke schilderte in seinem Referat in vorzüglicher Weise die Organisationsbestrebungen aller Berufe und Stände. Er wies darauf hin, wie wir geradezu im Zeitalter der Organisation leben und ging dann auf die verschiedenartige Behandlung ein, die die Organisationen der verschiedenen Stände seitens der Behörden erfahren.

Der § 152 der Gewerbeordnung habe die Hindernisse, die der Organisation der Arbeiter im Wege standen, hinweggeräumt, jedoch nicht für alle Arbeiter, sondern nur für einen Teil.

Interessant sei es, daß, während der § 152 der Gewerbeordnung mit der Gewerbeordnung in seiner heutigen Fassung am 1. Januar 1869 in Kraft trat, bereits zwei Jahre vorher der damalige preussische Ministerpräsident Bismarck der gesetzgebenden Körperschaft in Preußen einen Gesetzentwurf vorlegte, der das volle Koalitions- und Streikrecht für alle Arbeiter, auch die landwirtschaftlichen Arbeiter und Dienstboten enthielt. Dieser Gesetzentwurf sei leider nicht verabschiedet worden.

Als dann im Jahre 1869 mit Inkrafttreten der Gewerbeordnung der § 152 den Industriearbeitern die Koalitionsmöglichkeit gab, wurde daneben aber leider auch gleich der § 153 der Gewerbeordnung errichtet, der den Arbeitern das, was man mit der einen Hand gegeben hatte, mit der anderen Hand zu einem erheblichen Teil wieder nahm. Zwar besteht der § 153 der Form nach für alle Organisationen, in Wirklichkeit aber bestehen die Bestimmungen des § 153 nur für die Arbeiterorganisationen.

Für alle anderen Berufsstände stehen die Bestimmungen nur auf dem Papier, ohne jemals An-

wendung zu finden. Es sind während der ganzen Dauer des Bestehens der Gewerbeordnung von ganz wenigen vereinzelt Fällen abgesehen, die Bestimmungen des § 153 niemals gegen andere als gegen Arbeiter in Anwendung gekommen.

Wenn man sagt, es solle durch den § 153 verhütet werden, daß irgendwelcher Zwang zur Organisation und bei Beabsichtigung eines Austritts von der Organisation ausgeübt wird, so müsse demgegenüber erklärt werden, daß ohne einen gewissen Zwang keine Organisation bestehen könne. In bezug auf diesen Zwang geht uns der Staat mit gutem Beispiel voran und wenn man bedenkt, wie bei einer erst vor kurzem stattgefundenen Auseinandersetzung zwischen Ärzten und Krankentassen auch der Zwang eine nicht unwesentliche Rolle gespielt hat, so dürfte man nicht bei derartigen Vorkommnissen der einen Organisation gewisse Zwangsmaßnahmen zugutehalten und bei den Arbeitern alles, was irgendwie nach Zwang aussieht, unter Strafe stellen, wolle man sich nicht den Vorwurf der ungleichen Behandlung machen lassen. Gewiß sei es verwerflich, wenn da und dort Terrorismusfälle vorkommen in einigen Werkstätten, daß man jemand, der sich der Organisation nicht anschließen will, Kleidungsstücke versteckt und dergleichen, doch das sind einzelne Vorkommnisse, die sich sehr wohl in die allgemeinen Strafbestimmungen einreihen lassen.

Auch die Frage des Boykotts wird ungleichmäßig behandelt, je nachdem ob es sich um Arbeiter oder andere Berufsstände handelt. Redner erinnert daran, wie der Brauereidirektor Köstke seinerzeit von Freiherrn von Stumm behandelt sei, als Köstke aus Anlaß des Berliner Bierboykotts mit dem verstorbenen Reichstagsabgeordneten Singer in Verbindung getreten war.

Des weiteren wandte sich der Referent gegen das Verbot des Streikpostenstehens und meinte, wenn, anstatt die heute bestehenden Bestimmungen des § 153 herabzumildern, weitere verschärfte Bestimmungen gegen die Betätigung der Arbeiterorganisationen getroffen würden, dann würde das Feuer unter der Oberfläche glimmen, und das bilde eine große Gefahr für den Staat. Die Arbeiterbewegung sei eine der größten Kulturbewegungen, und der Staat hat alle Ursache, eine solche Bewegung zu unterstützen, anstatt sie in ihrer Entwicklung zu hemmen.

Der zweite Referent, Magistratsrat Wölbling, brachte eine Reihe von juristischen Erwägungen für und gegen die eine und andere Ansicht, ohne sich ausreichend klar darüber auszulassen, was denn nun eigentlich seiner Meinung nach zu geschehen habe.

Außerst interessant gestaltete sich die Diskussion. Zunächst sprach der Generalsekretär des Hirsch-Dunderschen Gewerkevereins der Maschinenbau- und Metallarbeiter, Hartmann. Derselbe wandte sich in aller Schärfe gegen jede Verschärfung oder einengende Bestimmung gegenüber den Arbeiterorganisationen und verwarf ganz besonders den Versuch, das Streikpostenstehen unter Strafe zu stellen. Er verlangte im Gegenteil teils Beseitigung, teils Herabmilderung der bestehenden einengenden Bestimmungen des § 153 der Gewerbeordnung und verwarf die gerichtliche Praxis, die darauf hinausgeht, die Arbeitswilligen in besonderem Maße vor Belästigung zu schützen.

Ein Vertreter der Organisation der Kaufleute sprach sich im gleichen Sinne aus.

Genosse Robert Schmidt wies darauf hin, in welchem hohem Maße die Arbeiterbewegung zur Hebung der Kultur des Arbeiterstandes beigetragen

habe und verlangte unter dem Beifall der Versammlung das Recht der freien Entwicklungsmöglichkeit für alle Organisationen der Arbeiter und Angestellten.

Auch mehrere andere Redner sprachen sich im gleichen Sinne aus.

Dann aber kam als Redner ein Dr. Lewis, der sich als Vertreter des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller vorstellte und sich gegen die Ansicht der bisherigen Diskussionsredner wandte, indem er erklärte, wie er mit den Darlegungen des Herrn Professor Franke einverstanden sei, und daß in dem Sinne auch der Gesamtverband der Metallindustriellen arbeite. Dr. Lewis bestritt jeden Terrorismus im Unternehmerlager und bestritt jede Beziehung der Unternehmerorganisationen mit den gelben Werkvereinen. Es sei im Gegenteil die gelbe Werkvereinsbewegung eine durchaus selbständige Arbeiterbewegung.

Gegenüber diesen Behauptungen wandte sich dann der nachfolgende Redner, Genosse Cohen, indem er auf die verschiedensten statutarischen Bestimmungen und sonstigen Maßnahmen der Unternehmerverbände hinwies.

Cohen wies auf die Bestimmungen hin, wonach die Arbeitgeber im Statut festgelegt haben, daß die Mitglieder der Unternehmerorganisation je nach Größe des Betriebes Wechsel bis zu 10 000 Mk. hinterlegen müssen, um sie dadurch zu zwingen, die Beschlüsse der Organisation innezuhalten. Auch seien Bestimmungen und Vereinbarungen im Unternehmerlager darüber getroffen, wonach gegen Arbeitgeber, die einen Aussperungsbeschuß nicht ausführen, oder sonst irgendwie sich an den Maßnahmen der Arbeitgeberverbände nicht beteiligen, mit Materialsperrung vorgegangen wird, um durch wirtschaftliche Schädigungen die betreffenden Arbeitgeber den Wünschen und Forderungen der Arbeitgeberorganisationen gefügig zu machen.

Des weiteren wies Cohen darauf hin, daß die erst vor kurzem gegründete Vereinigung der Arbeitgeberverbände Bestimmungen in ihrem Statut habe, wonach nicht nur bei Streiks und Aussperungen, sondern auch noch in anderen Fällen Sperren von Arbeitern erfolgen können.

Auch die allgemeinen Vorschriften des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller enthalten Bestimmungen, die einen sozialen Zug vollständig vermissen lassen. So verbieten diese allgemeinen Bestimmungen grundsätzlich, daß Arbeitgeber, die dem Gesamtverband der Metallindustriellen angehören, sich irgendwie auf die Forderung von paritätischen Nachweisen einlassen dürfen. Eine solche Stellungnahme des Gesamtverbandes der Metallindustriellen widerspreche doch wohl den Grundgedanken der Gesellschaft für soziale Reform, die ja wohl eine wirtschaftliche Gleichberechtigung der Arbeiter anerkenne und anstrebe. Die Gesellschaft für soziale Reform stehe ja auf dem Boden der kaiserlichen Botschaft von 1890.

Auch sei die Erklärung des Herrn Dr. Lewis nicht zutreffend, wonach die Unternehmerverbände, speziell der Gesamtverband der Metallindustriellen keinerlei Beziehungen zu den gelben Werkvereinen haben, denn in den Satzungen des Gesamtverbandes sei doch die Bestimmung enthalten, daß, um die Mitglieder in den gelben Werkvereinen von einer evtl. Ausspernung zu verschonen, das genaue Nationale dieser Werkvereinsmitglieder an den Vorstand des Unternehmerverbandes mitgeteilt werden müsse, um

auf diese Weise feststellen zu können, wer einen Anspruch auf Ausnahme von einer evtl. allgemeinen oder prozentualen Ausspernung erheben könne.

Zur Frage des Verbotes des Streikpostenstehens meinte Cohen, daß die Herren im Unternehmerlager, die ja die eigentlichen Veranlasser des Messeltreibens gegen die Gewerkschaften seien, sehr wohl wissen, daß das Streikrecht ohne das Recht des Streikpostenstehens gar nicht mit Aussicht auf Erfolg angewandt werden könne, und daß derjenige, der den Arbeitern das Recht des Streikpostenstehens nähme, damit das Streikrecht so gut wie illusorisch mache. Darin liege eben die große Heuchelei, daß die Herren im Unternehmerlager wissen, mit dem Verbot des Streikpostenstehens macht man das Streikrecht unwirksam, und trotzdem erklären sie, man wolle das Koalitionsrecht und das Streikrecht nicht einschränken, aber das Streikpostenstehen, das müsse unter Strafe gestellt werden. Es sei das Höchstmögliche, das hier zum Ausdruck komme.

Gegenüber diesen Ausführungen des Genossen Cohen erklärte dann Dr. Lewis, in den Satzungen des Gesamtverbandes der Metallindustriellen wären die von Cohen erwähnten Bestimmungen nicht enthalten, worauf Cohen erwiderte, er habe ja nicht wissen können, daß er Herrn Dr. Lewis in einer Versammlung der Gesellschaft für soziale Reform antreffen würde, und da Dr. Lewis bei verschiedenen Ausführungen, die er gemacht, dazwischen rief, das ist nicht wahr, werde er (Cohen) die unumstößlichen Belege für die von ihm gemachten Ausführungen in den nächsten Tagen in der Presse veröffentlichen. (Das ist ja dann auch im „Vorwärts“ vom 25. April geschehen.)

Nach dieser Auseinandersetzung kam dann noch zum Wort der Sekretär der gelben Werkvereine bei Siemens u. Halske, ein Herr Dr. Nathanson. Dieser Herr war eine Zeitlang angestellter Sekretär des fattsam bekannten Herrn Rudolf Lebins und zeigte durch seine Ausführungen, daß er ein gelehriger Schüler des gelben Meisters war. Herr Dr. Nathanson bestritt jede Beziehung der gelben Werkvereine in den Siemenswerken zur Firma Siemens u. Halske, eine Behauptung, die in der Versammlung auf den lebhaftesten Widerspruch stieß. Ernst zu nehmen braucht man ja derartige Behauptungen nicht, nachdem der Charakter des gelben Werkvereins bei Siemens allgemein bekannt ist und man weiß, daß der gelbe Werkverein bei Siemens von der Firma errichtet und heute noch nur lebensfähig ist durch die Gunst und das Geld der Firma Siemens.

Nach Herrn Dr. Nathanson sprach der Führer der gelben Bädergesellen, Herr Wischniowski, der glaubte, für die gelben Bädergesellen eine Lanze einlegen zu müssen. Diese hurrapatriotischen Ausführungen wurden am Schluß von den verschiedensten Seiten mit einem ironischen Hurra applaudiert.

Der nächste Redner, der christliche Redakteur der Bauarbeiter, Beder, wandte sich mit derselben Entschiedenheit wie der Generalsekretär Hartmann und der Genosse Cohen gegen die Gelben und gegen jede Verschärfung der gesetzlichen Bestimmungen über Streikpostenstehen und den Schutz der Arbeitswilligen. Er verlangte ebenso wie die Vorgenannten im Gegenteil eine Einschränkung der heute bestehenden Strafbestimmungen.

Nach Herrn Beder kam ein Vertreter des Verbandes der technisch-industriellen Beamten, der sich ebenfalls auf den Standpunkt der entschiedenen Bekämpfung des Messeltreibens, das jetzt gegen die Ar-

Sind demnach die Ergebnisse dieser Industrie-Gruppe, soweit die Unternehmer in Betracht kommen, noch erträglich, so haben doch die Arbeiter unter den Folgen der Stagnation in einzelnen wichtigen Betriebszweigen zu leiden gehabt. Die Arbeitslosenziffern des Metallarbeiterverbandes sind gestiegen, so daß im vierten Quartal die größte Arbeitslosenziffer der letzten beiden Jahre erreicht wurde. Nimmt man die Arbeitslosenfälle im Quartal zum Vergleich, so betrug ihre Zahl im vierten Quartal:

	Zahl der Fälle	In Proz. der Mitgl.
1911	27 849	5,8
1912	32 545	5,8
1913	55 290	10,1

Während das Jahr 1912 in allen Quartalen eine ziemlich konstante Arbeitslosenziffer aufweist, ist 1913 sogleich eine Steigerung der Arbeitslosenfälle eingetreten, die mit Ausnahme einer geringfügigen Abschwächung im zweiten Quartal eine fortdauernde war, bis sie im vierten Quartal 10,1 Proz. erreichte. Nun gibt allerdings die Quartalszahl der Arbeitslosenfälle im Verhältnis zur Mitgliederzahl nicht die richtige Vergleichsziffer ab, wenn man den Arbeitslosenstand im Verbandsverbande ermitteln will. Da aber die Zahl der Arbeitslosen am letzten Quartals-tage festgestellt wird, haben wir eine vollauf korrekte Ziffer auch zur Beurteilung dieses Verhältnisses. Seit dem vierten Quartal 1911 hat sich nach diesen Feststellungen die Arbeitslosigkeit am letzten Quartals-tage folgendermaßen entwickelt:

Quartal	Zahl der arbeits- losen Mitglieder am Schluß des Quartals		Arbeitslose und Reisende	
	am Orte	auf der Reise	zu- sammen	zur Mitgl.- Zahl in %
4. Quart. 1911	6579	725	7304	1,4
1. " 1912	6061	870	6931	1,3
2. " 1912	5914	1195	7109	1,3
3. " 1912	6085	766	6851	1,3
4. " 1912	11210	703	11913	2,1
1. " 1913	10952	1064	12016	2,1
2. " 1913	10561	1678	12239	2,2
3. " 1913	13918	1451	15369	2,8
4. " 1913	20066	926	20992	3,8

Im Verhältnis zu den entsprechenden Arbeitslosenziffern anderer Verbände, wie der Holzarbeiter, der Bauarbeiter u. a., deutet der Prozentsatz von 3,3 der Mitgliederzahl im vierten Quartal auf eine relativ günstigere Lage der Metallindustrie hin. Die relative Arbeitslosigkeit im Verbandsverbande ist ja auch nicht so groß wie am Schluß des Jahres 1908, wo sie 4,2 Proz. betrug. Und der Jahresdurchschnitt der Arbeitslosenfälle am Ort stand in den Jahren 1908 und 1909 mit 9,4 resp. 9,6 Proz. immer noch höher als 1913 mit 8,2 Proz. Das bestätigen die Berichte aus der Industrie, die wir oben skizziert und teils mit Zahlen belegt haben, wonach in der Eisen- und Metallindustrie die Wirtschaftskrise im allgemeinen nicht den gleichen Eingang gefunden hatte, wie in anderen Industriezweigen. Wenn die Arbeitslosenziffern der Metallarbeiter ein ungünstigeres Bild geben als die Produktionsziffern, die wir oben zitieren konnten, so ist das leicht erklärlich; denn gerade in der Schweißindustrie, die die günstigsten Produktionsziffern aufweist, sind die Arbeiter noch wenig organisiert.

Sieht man aber von den relativen Zahlen ab, so muß man zugeben, daß die Arbeitslosenzahl von

21 000 Mitgliedern im vierten Quartal 1913 eine recht hohe Zahl ist, die bei Hinzurechnung der in Mitleidenschaft gezogenen Familienmitglieder eine Ziffer des Elends genannt werden kann. Und dieses Elend ist um so größer, als die Durchschnittsdauer des einzelnen Arbeitslosenfalles von 14 Tagen im vierten Quartal 1911 auf 16 im gleichen Quartal 1912 und 18 im vierten Quartal 1913 gestiegen ist. Die Zahl der durch Arbeitslosigkeit verlorenen Arbeitstage betrug im vierten Quartal 1913 zusammen 1 086 115 oder 143 609 mehr als im gleichen Quartal 1912. Ohne das Eingreifen des Verbandes würde die Not in den von der Arbeitslosigkeit betroffenen Familien eine ungeheure sein. Es haben im Berichtsjahre 164 621 Mitglieder Arbeitslosenunterstützung für 3 671 255 Arbeitslosentage erhalten, und der hierfür verausgabte Betrag erreichte die Höhe von 3 731 269 Mk. Dabei sind die Zuwendungen aus den Ortskassen nicht mit berücksichtigt. Es scheint fast, als ob für diese große Industrie-Gruppe, in der das Großkapital dominiert, gesagt werden könnte, daß die Steigerung des Unternehmerprofits begleitet ist von einer höheren Ausgabe für Arbeitslosenunterstützung seitens der Arbeiterorganisation. Das klingt zwar paradox, aber es würde nur bedeuten, daß das Großkapital schon so straff organisiert ist, daß es auch aus Stagnationsperioden Gewinne zu ziehen vermag.

Ueber die organisatorische Entwicklung der Gewerkschaften dieser Industrie-Gruppe liegen uns erst für die Maschinisten die vollständigen Ziffern vor. Die Metallarbeiter scheinen einen kleinen Rückgang der Mitgliederzahl zu haben, denn in ihrer Arbeitslosigkeitsstatistik wird die Mitgliederzahl mit 545 290 angegeben, gegen 561 985 im vierten Quartal 1912. Aber die Zahlen der Arbeitslosenstatistik sind nie endgültige Ziffern, vielmehr pflegen sie durch die Verbandsabrechnungen korrigiert zu werden.

Die Maschinisten haben ihre Mitgliederzahl gehalten; sie betrug Ende des Berichtsjahres 26 267 gegen 26 273 Ende 1912. Für Arbeitslosenunterstützung verausgabte dieser Verband 55 284 Mk., Krankenunterstützung 112 798 Mk., Streiks 257 411 Mk., für Gemahregelten- und Aussperrungsunterstützung 68 304 Mk. Die Gesamtausgaben beliefen sich auf 768 903 Mk.

Die hohen Ausgaben für Kämpfe entfallen im wesentlichen auf die Aussperrung im Fischdampferbetrieb auf der Unterweser, auf den Binnenschiffstreik und auf den Kampf der Werftarbeiter. Die Aussperrung der Fischdampfermaschinisten war ein kompletter Vertragsbruch der Unternehmer, die nach einem 24stündigen Streik einen Tarifvertrag abschlossen, aber bei der Einstellung der Streikenden neue und ganz unmögliche Bedingungen neben dem Vertrage stellten, so daß der Kampf aufs neue ausbrach und nun zu einer Aussperrung seitens der Hochseefischereien führte. Der Kampf brachte den Arbeitern zwar einige Erfolge, aber auch die Unternehmer schreiben sich den Erfolg zu.

Der Verband der Schiffszimmerer vereinnahmte im Berichtsjahre 116 968 Mk. und verausgabte 163 260 Mk. Die Arbeitslosenunterstützung erforderte eine Ausgabe von 6418 Mk., die Krankenunterstützung 16 474 Mk. und die Streikunterstützung 108 363 Mk. Auch hier nahm der Werftarbeiterkampf die Verbandsmittel stark in Anspruch, da der sofort einberufene außerordentliche Verbandstag die Auszahlung der Streikunterstützung beschloß.

Von den Kupferschmieden haben wir die Jahresziffern noch nicht. Ihre Lohnbewegungs-

weiterbewegung veranstaltet wird, stellte. Dieser Redner widmete dann auch noch einen erheblichen Teil seiner Ausführungen dem Herrn Dr. Lewis, dem er die draconischen Maßnahmen des Gesamtverbandes der Metallindustriellen gegenüber den Mitgliedern des Verbandes technischer Beamten vor Augen führte. Er erwähnte da, wie besonders der Fabrikant Garbens in Hannover, ein Vorstandsmitglied des Gesamtverbandes, sich in bezug auf Terrorisierung der Mitglieder des Verbandes technischer industrieller Beamter hervortat.

Damit war dann zwar nicht die Rednerliste erschöpft, aber die Zeit so weit vorgeschritten, daß Schluß der Versammlung gemacht werden mußte.

Von großer Bedeutung war, daß in dieser Versammlung die Vertreter der freien Gewerkschaften, der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften, der christlichen Gewerkschaften, der Kaufleute und der technischen Angestellten sich einmütig auf den Standpunkt stellten: Entschiedener Kampf gegen die jetzt drohenden Maßnahmen, um das Koalitionsrecht einzuschränken und das Streikpostenstehen zu verbieten. Alle diese Dinge seien ein Hemmnis für die Arbeiterbewegung, deren gesunde Entwicklung durchaus notwendig sei. Alle oben angeführten Vertreter wandten sich auch entschieden gegen die gelbe Bewegung und rühten so weit wie möglich von dieser Unternehmergründung ab. Somit war das erfreuliche Resultat zu verzeichnen, daß, wenn auch sonst manche Differenz in den Anschauungen der oben angeführten Organisationen vorhanden sein mag, im Kampf um die Grundrechte der Arbeiter und Angestellten auf wirtschaftlichem Gebiet sich alle vollständig einig waren.

Arbeiterversicherung.

Gewerkschaftliche Rückblicke.

II. Metallindustrie.

Die Konjunktur in der Eisen- und Metallindustrie bot im Berichtsjahre kein einheitliches Bild. Während einzelne Zweige eine befriedigende Beschäftigung hatten, berichteten andere über Stagnation und in Einzelfällen über eine rückläufige Bewegung. Von einer allgemeinen Krise wird man kaum sprechen können, denn die Roheisenpreise beispielsweise hielten sich bis gegen Jahreschluß auf der alten Höhe, und erst für das erste Semester 1914 sah sich das Roheisensyndikat infolge des Preisrückganges auf dem englischen Markt genötigt, die Preise zu reduzieren. Allerdings klagen die Eisengießereien über die Preispolitik des Syndikats, und ein Verein der Gießereien ist entstanden mit der Aufgabe, auf die Syndikatspreise im Sinne seiner Mitglieder einzuwirken.

Besonders gut beschäftigt war die für das Transportwesen arbeitende Metallindustrie. So die Schiffswerften, der Lokomotivbau, Waggonbau, Automobilbau, insbesondere Lastautomobilbau. Die Landwirtschaft bot auch einen guten Markt für landwirtschaftliche Maschinen, wie sie überhaupt infolge der reichen Ernte und der hohen Lebensmittelpreise bei guter Kaufkraft war. Der Geschäftsgang in der Elektrizitätsindustrie war schwankend; während einzelne elektrotechnische Betriebe gut oder regelmäßig beschäftigt waren, klagen andere über schlechte Geschäftslage. Die Lage des Geldmarktes erschwerte die weitere Steigerung des Geschäfts. Soweit die großen Konzerne in Frage kommen, kann von einer Geschäftslage jedoch nicht gesprochen werden; so-

wohl die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft als die Firmen Siemens u. Halske und Siemens-Schudert bringen in ihren Geschäftsberichten günstige Mitteilungen. Der Siemenskonzern will zwar eine Abschwächung in der Starkstromindustrie infolge der Verwickelungen auf dem Balkan gemerkt haben, hat aber selbst seine Arbeiter- und Angestelltenzahl von 77 000 auf 81 235 Personen erhöhen können. Die Geschäftsberichte dieser beiden Konzerne schließen zwar mit dem 1. Juli ab, aber auch ein späterer Bericht der Nestfesten der Kaufmannschaft von Berlin gibt an, daß das Jahr eine Zeit weiteren Aufschwunges und reger Beteiligung gewesen, und daß erst gegen Schluß des Jahres die steigende Kurve der Konjunktur nicht mehr so steil war.

Ungünstige Marktlage hatten vor allem alle Zweige der Eisen- und Metallindustrie, die mit dem Baugewerbe arbeiten. Da dieses infolge der Geldsteuerung und auch lokaler Spekulationseinflüsse unter einer schweren Depression litt, stagnierte die Baumaterialienlieferung der Eisenindustrie naturgemäß. Auch einzelne Zweige der Maschinenindustrie waren im Maß gehemmt, wie Textilmaschinenbau u. a.

Einige Zahlen über die eisenindustrielle Produktion mögen hier folgen. Die Gesamtzeugung der Hochofenwerke in Deutschland und Luxemburg stieg von 17,87 Millionen Tonnen im Jahre 1912 auf 19,29 Millionen Tonnen im Berichtsjahre. Pro Kopf der Bevölkerung stieg die Produktion in der gleichen Zeit von 269,89 Kilogramm auf 287,68 Kilogramm. An verschiedenen Sorten wurden hergestellt:

	1912 Tonnen	1913 Tonnen
Gießerei-Roheisen	3 355 177	3 640 074
Bessemer-Roheisen	388 855	368 840
Thomas-Roheisen	11 397 765	12 193 336
Stahl- und Spiegeleisen . .	2 201 489	2 599 887
Puddel-Roheisen	525 423	489 783

Eine Abnahme ist also nur bei Bessemer-Roheisen und Puddel-Roheisen eingetreten, während sonst Produktionszunahme zu verzeichnen ist. Die Einfuhr von Eisen und Eisenlegierung ist zurückgegangen von 6 740 005 Doppelzentner auf 6 182 914 Doppelzentner. Dagegen ist der Export von 60 420 232 Doppelzentner auf 64 972 618 Doppelzentner gestiegen. Bei Berücksichtigung der Produktion und des Außenhandels stellte sich die Versorgung des Inlandsmarktes wie folgt:

	Tonnen	pro Kopf Bg.
1912	10 376 637	156,73
1913	11 016 118	164,27

Die Maschinenindustrie steigerte ihre Ausfuhr um 10,31 Proz. auf 5 943 143 Doppelzentner; aber auch die Maschineneinfuhr ist von 779 455 Doppelzentner auf 878 997 Doppelzentner gestiegen. Die Ausfuhr elektrotechnischer Erzeugnisse ist von 1 193 025 Doppelzentner auf 1 338 551 Doppelzentner gestiegen und der Wert von 239,70 auf 290,48 Millionen Mark.

Die Rentabilität der Aktiengesellschaften dieser Industriegruppe geht aus folgender Aufstellung hervor:

	Zahl der Gesellsch.	Kapital 1913 l. 1000 M.	Dividende in Proz.	
			1911/12	1912/13
Eisen, Metalle	250	616 607	8,9	9,2
Maschinen	308	807 171	9,0	9,8
Elektrotechnische Erzeugnisse	52	494 158	10,2	10,7
Gesamt	605	1 917 936	9,8	9,7

statistik liegt dagegen vor. Es wurden 45 Lohnbewegungen mit 995 beteiligten Personen geführt; davon konnten 36 mit 828 Personen ohne Arbeits-einstellung beendet werden. Erreicht wurde für 476 Personen eine Arbeitszeitverkürzung von 755 Stunden wöchentlich und für 856 Personen eine Lohn-erhöhung von 2414 Mk. wöchentlich. Für 446 Per-sonen wurden sonstige Verbesserungen der Arbeits-bedingungen erreicht. In 26 Fällen wurde ein Tarif-vertrag abgeschlossen für 726 Personen. Für Streiks wurden aus der Hauptklasse rund 48 000 Mk. veraus-gabt.

Von den Kämpfen des Verlaßjahres in der Metallindustrie hatte der Werftarbeiter-kampf für die gesamte Gewerkschaftsbewegung eine größere Bedeutung. Entgegen den Säkungen der Organisationen und fast zu gleicher Zeit, als die Verbandsleitungen den Werftbesitzern neue Unterhandlungen anboten, begannen die Hamburger Werftarbeiter einen wilden Streik, dem bald die Arbeitsverlegung in anderen Werftorten folgte. Damit war die Lohnbewegung zu einem Fiasko ver-urteilt, denn es ist selbstverständlich, daß unter diesen Umständen der Gesamtverband deutscher Metallindustrieller in entschiedenster Weise seine Gruppe Schiffswerften hätte decken müssen, wenn die Gewerkschaften ihren seitenpringenden Mit-gliedern gefolgt wären. Und auf der Grundlage war im vorigen Jahre kein Kampf der Werftarbeiter zu gewinnen. In erster Linie aber kam die Ver-tragsfähigkeit der Gewerkschaften in Frage. Solange man den Unternehmern Verhandlungen anbietet, darf man natürlich nicht zum Kampfe greifen, denn der Kampf soll und kann doch nur das letzte Mittel sein. Plötzlichen Stimmungen folgend sind die Hamburger Werftarbeiter in den Kampf getreten, ohne sich um ihre Verbandsstatuten, um die Beschlüsse ihrer Or-ganisation oder um die Folgen zu kümmern. Und das unter Umständen, die auf eine direkte Provokation seitens der Werften schließen lassen. Der Metall-arbeiterverband, auf den es ganz wesentlich ankam, weil er die größte der beteiligten Organisationen ist, verweigerte seine Anerkennung der Arbeitsein-stellung und ein außerordentlicher Verbandstag stimmte fast einmütig dem zu, obgleich eine Minder-heit nicht die Konsequenzen daraus ziehen wollte. Aber die Mehrheit folgte auch hinsichtlich der Kon-sequenzen dem Vorstand: die Unterstützung wurde verweigert und nur vom Tage der beschlossenen Wiederaufnahme der Arbeit wurde eine Unter-stützung gewährt. Damit war vor aller Welt dok-umentiert worden, daß die deutschen Gewerkschaften keine Disziplinbrüche dulden, sondern daß sie die durch die Verbandsmehrheit gegebenen Säkungen hochhalten. Die verfassungsmäßige Grundlage der Organisation darf nicht zerstört werden, wenn eine erfolgreiche Tätigkeit ermöglicht werden soll. Ebenso wurde die Verhandlungs- und Vertragsfähigkeit unserer Gewerkschaften aufs neue festgestellt.

Die Unternehmer haben freilich diesen Sieg der Demokratie in der Gewerkschaftsbewegung für sich reklamiert und bisher abgelehnt, irgendwelche Wünsche der Arbeiter zu befriedigen. Diese kurz-sichtige Politik entspricht wenig der Bedeutung der deutschen Werftindustrie. Qualitätsarbeit kann nur mit Qualitätsarbeitern geleistet werden; je mehr die Werften es auf eine gute Arbeiterbehandlung an-legen würden, je größer die Arbeitslust der Arbeiter und je qualifiziertere Arbeit ist zu erwarten. So-lange die Werften nicht einsehen wollen, daß die Anerkennung der Arbeiter als Kollektivität bei der

Festsetzung der Arbeitsbedingungen eine Vorbedin-gung für ein erträgliches Verhältnis ist, solange werden diese Kämpfe ausgefochten werden müssen. Es kann natürlich keine Rede davon sein, daß die beteiligten Gewerkschaften sich mit den jetzigen Zu-ständen auf den Werften zufrieden geben werden, aber sie werden den passenden Zeitpunkt für eine neue Bewegung abwarten müssen. Bis dahin müssen die Werftarbeiter ihre Organisation stärken und die nötige Schulung schaffen, damit nicht aufs neue die Einigkeit in den Arbeiterreihen erschüttert wird.

Schiedsgerichtliche Entscheidung über Grenz-streitigkeiten zwischen den Verbänden der Brauerei- und Mühlenarbeiter und der Trans- portarbeiter.

Um in den schon seit Jahren währenden Grenz-streitigkeiten zwischen den beiden genannten Ver-bänden über die Organisationszugehörigkeit der Bierfahrer, Hof- und Stallarbeiter in Brauereien, sowie der Arbeiter in Bierniederlagen und Bier-handlungen, zu denen neuerdings noch Differenzen über die Organisierung des Personals in Betrieben zur Herstellung und zum Betriebe künftlicher bzw. natür-licher Mineralwässer hinzukamen, zu einer end-gültigen Entscheidung zu gelangen, hat die Vor-sitzendekonferenz vom 11. bis 14. Januar 1914 die Einsetzung eines Schiedsgerichts aus je drei von den beteiligten Organisationen zu wählenden unpar-teiischen Schiedsmännern, die sich ihrerseits einen unparteiischen Obmann wählen, beschlossen. Die beiden Verbände haben sich mit dieser schiedsgericht-lichen Entscheidung einverstanden und bereit erklärt, sich derselben zu unterwerfen.

Das Schiedsgericht, das aus den Genossen Hr. Ebert, C. Winkelmann, Th. Leipart, P. Blum, S. Krähig, G. Link und C. Urban gebildet wurde und am 7. und 9. April d. J. tagte, hat seine Ent-scheidung wie folgt getroffen:

1. Das Schiedsgericht ist der Meinung, daß im allgemeinen die Kutscher und sonstige im Fahrdienst beschäftigte Arbeiter zum Organisationsgebiet des Transportarbeiterverbandes gehören. Die Auf-fassung, daß alle in einem Betriebe beschäftigten Arbeiter ohne Rücksicht auf die Verschiedenheit der Berufe einem und demselben Verbands — im vor-liegenden Falle dem Brauereiarbeiterverbande — angehören müßten, lehnt das Schiedsgericht in An-lehnung an den Beschluß des Hamburger Gewerkschaftskongresses ab.

2. Soweit es sich jedoch um Bierfahrer und Mit-fahrer im Brauereigewerbe handelt, die nach den vorgetragenen Darlegungen rund ein Viertel aller Brauereiarbeiter ausmachen, muß es als zweifel-haft gelten, ob sie als Fuhrleute oder Transport-arbeiter im gewöhnlichen Sinne angesprochen werden können. Bierfahrer und Mitfahrer rekrutieren sich in der Regel aus den Brauereiarbeitern und stehen bei ihrer Tätigkeit in vielfachen Beziehungen zum Produktionsbetrieb, so daß sie von den eigentlichen Brauereiarbeitern nicht so getrennt werden können, wie in anderen Betrieben die Transportarbeiter von den Betriebsarbeitern. Das Schiedsgericht hat deshalb nach reiflicher Erwägung entschieden, daß Bierfahrer und Mitfahrer zum Organisationsgebiet des Brauereiarbeiterverbandes gehören. Die Or-ganisationszugehörigkeit der Hof- und Stallarbeiter in Brauereien hat das Schiedsgericht aus ähnlichen Erwägungen ebenso beurteilt.

3. Bierniederlagen, die Eigentum der Brauereien sind und von diesen verwaltet werden, sind nach

Meinung des Schiedsgerichts den Hauptbetrieben der Brauereien gleichzustellen. Es handelt sich hier lediglich um Zweigbetriebe (Kellereibetriebe), in denen die gleiche Arbeit verrichtet wird wie in den gleichartigen Betriebsabteilungen der Brauereien. Die dort Beschäftigten können von dem im Hauptbetrieb Beschäftigten nicht getrennt werden; ihre Organisationszugehörigkeit muß sich daher ebenso regeln. Die Ausführungen unter Ziffer 2 treffen auch hier zu.

4. Dagegen sind alle diejenigen Bierniederlagen und Bierhandlungen, die von selbständigen Unternehmern (Bierverlegern) betrieben werden, als Handelsbetriebe zu betrachten, für die der Transportarbeiterverband die zuständige Organisation ist.

5. Die in Brauereien bei der Herstellung und dem Vertriebe von künstlichem Mineralwasser und anderen alkoholfreien Getränken beschäftigten Arbeiter gehören zum Brauereiarbeiterverband.

6. Dagegen sind die in selbständigen Mineralwasserfabriken sowie die mit dem Vertriebe natürlichen Mineralwassers beschäftigten Arbeiter dem Transportarbeiterverbände zuzusprechen.

7. Ueber die Regelung des Mitgliederaus-tausches, soweit er sich aus der vorstehenden Entscheidung notwendig macht, haben sich die beiden Verbände durch alsbaldige Verhandlungen zu verständigen.

Berlin, den 9. April 1914.

Fr. Ebert. C. Winkelman. Theod. Leipart.
Peter Blum. S. Kräpzig. G. Lint. Otto Urban.

Aus den deutschen Gewerkschaften.

An der Arbeitslosenstatistik des Holz- arbeiterverbandes beteiligten sich im Monat März 862 Zahlstellen mit 188 629 Mitgliedern. Die Gesamtzahl der Arbeitslosenfälle betrug 21 421. Am letzten Tage des Monats waren 9004 Arbeitslose vorhanden. Auf je 100 Mitglieder kamen 4,77 Arbeitslose gegen 5,96 im Vormonat und 4,42 im März 1912. An Arbeitslosenunterstützung erhielten 10 283 Mitglieder 215 665 Mk. für 129 529 Tage, an Reiseunterstützung 6435 Mitglieder 7919 Mk. für 9570 Tage. 16 Zahlstellen hatten nicht berichtet.

Eine Konferenz der auf den Werften beschäftigten Holzarbeiter war vom Vorstand des Holzarbeiterverbandes auf den 18. und 19. April einberufen. Die Konferenz befaßte sich mit den Aufgaben der Organisation auf den Werften und nach eingehender Diskussion der Verhältnisse wurden folgende Leitsätze für die Weiterarbeit angenommen:

„Die im Deutschen Holzarbeiterverband organisierten Werftarbeiter erkennen als ihre Pflicht an, in harmonischem Zusammenarbeiten mit ihren Mitarbeitern für eine Ausbreitung der Organisationen zu wirken.

Sie erkennen weiter an, daß bei Differenzen, die geeignet erscheinen, andere Organisationen in Mitleidenschaft zu ziehen, eine Verständigung mit den Vorständen der auf den Werften in Betracht kommenden Organisationen nachgesucht werden muß.

Das Vertrauensmännerstern soll so ausgebaut werden, daß in jeder Betriebsabteilung die notwendige Anzahl Vertrauensleute vorhanden ist.

Die Vertrauensmänner sind als die berufenen Vertreter der Werftkollegen von den Organen des Verbandes, wie auch von den Kollegen selber zu betrachten und bei ihrer Tätigkeit wecks Wahrung der Verbandsinteressen alleseitig tatkräftig zu unterstützen.

Bei Lohnbewegungen sind die Vertrauensmänner zur Mitberatung über deren Einleitung und Durchführung heranzuziehen, auch haben sie die taktischen Fragen mit vorzubereiten und gegebenenfalls mit darüber zu beschließen.

Die Sektionsleitungen und Ortsverwaltungen sind gemäß ihrer statutarischen Befugnisse gehalten, mit den Vertrauensleuten in engster Fühlung zu bleiben, an gemeinschaftlichen Beratungen teilzunehmen und ihre Stellungnahme den vorgeschriebenen Instanzen unverzüglich zu berichten.

Die Ortskommissionen der Werftarbeiter und die Central-Werftkommission werden als zweckmäßige Einrichtungen anerkannt.

Die Vorstände haben dafür Sorge zu tragen, daß diese Organe bei der Erfüllung ihrer Aufgaben im Interesse der Werftkollegen aktionsfähig gehalten werden.

Die Konferenz richtet an die Kollegen auf den Werften die Aufforderung, im Sinne der vorstehend festgelegten Regeln für den Ausbau der Organisation zu arbeiten.

An den Verbandsvorstand stellt die Konferenz das Ersuchen, diese Regeln gleichfalls anzuerkennen und den Bestrebungen der Werftarbeiter auf Besserung ihrer Lage, insbesondere aber auf Abwehr von Verschlechterungen jede Förderung angebeihen zu lassen.“

Mit dieser Konferenz und der Annahme obiger Leitsätze wird hoffentlich die üble Nachwirkung vom Werftarbeiterkampf für den Holzarbeiterverband beseitigt sein und ein vertrauensvolles Zusammenwirken der Verbandsinstanzen und der Mitglieder auf den Werften wieder Platz greifen.

Die Arbeitslosenstatistik des Bau- arbeiterverbandes für den Monat Februar erstreckte sich auf 758 Zweigvereine mit 262 890 Mitgliedern. 200 Vereine haben gar nichts berichtet und 50 konnten die Meldungen bisher nicht durchführen. Von den 262 890 berichtenden Mitgliedern hatten sich 68 622 oder 26,1 Proz. wegen Arbeitslosigkeit oder Krankheit gemeldet, davon wegen Krankheit 8725 und wegen Arbeitslosigkeit 59 897. Am letzten Tage des Monats waren 26 623 Mitglieder oder 10,1 Prozent arbeitslos. Nach Berufen geteilt hatten Arbeitslose insgesamt: Maurer 43 135 = 28,5 Proz., Hilfsarbeiter 21 029 = 23,8 Proz., Betonarbeiter 659 = 13,4 Prozent, Stuckateure 2630 = 31,7 Proz., Klebenleger 302 = 16,1 Proz., Holzer 117 = 11,3 Proz. und Erdarbeiter 750 = 10,6 Proz.

Die Gewerkschaftsbewegung in Kroatien-Slawonien.

Zu Ostern fand in Agram der 2. Kongreß der kroatianischen Gewerkschaften statt, der schon voriges Jahr hätte stattfinden sollen. Der herrschende Ausnahmezustand hatte die rechtzeitige Abhaltung verhindert. Zum Kongreß hatten sich 105 Delegierte eingefunden, die 5188 angeschlossene Gewerkschaftsmitglieder vertraten, außerdem waren auch die noch nicht angeschlossenen Buchdrucker und Handelsangestellten als Gäste vertreten. Von den ausländischen Organisationen waren die deutsche Generalkommission und der Internationale Gewerkschaftsbund durch Gen. E. Legien, die Gewerkschaftskommission Ungarns durch S. Jasrai, der Centralverband der Gewerkschaften Serbiens durch D. Tuzowitsch und der Centralverband der Gewerkschaften Bosniens durch J. Kauscher vertreten.

Dem Kongreß lag ein gedruckter Bericht vor, welcher die Organisationsverhältnisse, die Bestrebungen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und die Lebenslage derselben in den letzten drei Jahren behandelt. Einleitend schildert der Bericht in knappen Sätzen die Entwicklung der wirtschaftlichen Lage infolge der inner- und auerpolitischen Zustände und deren Rückwirkung auf das Wirtschaftsleben, worunter die Arbeiterschaft und die Organisationen schwer zu leiden hatten. Darin ist auch die Ursache der sprunghaften Entwicklung der Organisationen

in der Zu- und Abnahme der Mitglieder zu suchen. In den angeschlossenen Organisationen waren vereinigt:

Ende 1910	5 108 Mitglieder
" 1911	7 182 "
" 1912	5 538 "
" 1913	5 188 "

Weibliche Mitglieder wurden Ende 1913 insgesamt 233 gezählt. Die gegenwärtigen Gewerkschaften wurden 1907 und 1908 aus lokalen Organisationen zu Centralverbänden zusammengefaßt, die sich 1913 auf 79 Ortsgruppen verteilten, welche teilweise in 16 Gewerkschaftsartellen zusammengefaßt sind.

Die finanzielle Gebarung gestaltete sich in den letzten drei Jahren (ohne Vermögensjaldovortrag der Vorjahre):

Jahr	Einnahme Kronen	Ausgabe Kronen	Vermögen Kronen
1911	71 572,08	69 975,71	15 345,27
1912	80 944,91	81 172,06	15 118,12
1913	76 404,83	81 115,35	10 316,17

In den Einnahmen des Jahres 1913 sind jedoch 7261,94 Kronen Darlehensentnahmen aus den Streifonds einbegriffen, welche durch die große Arbeitslosigkeit verursacht wurden, so daß sich die regelmäßigen Einnahmen des Jahres 1913 auf 69 142,89 Kronen reduzieren.

Die tristen wirtschaftlichen Zustände haben ein bedeutendes Anwachsen der Unterstützungsausgaben verursacht. Es wurden ausgezahlt an Unterstützungen:

Jahr	insgesamt Kronen	hierbei bei Arbeitslosigkeit
		Kronen
1908	12 869,27	12 102,11
1909	17 038,17	13 494,37
1910	13 903,66	12 629,70
1911	19 792,11	16 585,85
1912	24 119,95	19 118,05
1913	34 062,40	29 471,60
Insgesamt	121 785,56	107 401,68

Diese starke Belastung zwang die Gewerkschaften zu neuerlichen Beitragserhöhungen auf den vor dem Gewerkschaftskongreß stattgefundenen Generalversammlungen von 6—10 Heller pro Woche, sowie zur Abschaffung der Krankenunterstützung bei den Schneidern und Fabrikarbeitern. Von den angeschlossenen Gewerkschaften haben nun die Holzarbeiter den höchsten Verbandsbeitrag mit 80 Heller pro Woche (wozu noch die Agramer Schreiner für den eigenen Widerstandsfonds separat 20 Heller einzahlen). Der geringste Beitrag in den kroatischen Gewerkschaften beträgt nun 25 Heller für die Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen bei den Holzarbeitern, deren Löhne unter 3 Kronen stehen.

Der Bericht verweist darauf, wie die ganze Last zur Erhaltung der Opfer der wirtschaftlichen Unbill allein auf die Gewerkschaften fiel und weder Staat, Land oder Gemeinde etwas zur Linderung der Not der Arbeitslosen beitrugen.

Das Verhältnis der Organisierten zur Zahl der insgesamt Beschäftigten läßt sich noch immer nicht feststellen, dürfte jedoch zirka 20 bis 25 Proz. betragen. Die Arbeiterversicherung umfaßte 1912 rund 75 000 Versicherungspflichtige. Wenn man die Lehrlinge und Nichtorganisationsfähigen abrechnet, so dürften zirka 20 000 bis 25 000 Organisationsfähige beiderlei Geschlechts verbleiben.

Die Bestrebungen der Gewerkschaften waren hauptsächlich auf die Verbesserung der Lebenslage der Arbeiterschaft gerichtet, und zwar durch Abschluß von kollektiven Arbeitsverträgen. Ende 1913 hatten die angeschlossenen Gewerkschaften 70 Verträge in Kraft, welche sich auf 5016 Arbeiter und Arbeiterinnen bezogen, hierzu kommen noch 30 Tarifverträge der Buchdrucker mit 530 Beteiligten, so daß gegenwärtig 100 Verträge für 5546 Arbeiter und Arbeiterinnen bestehen.

Die Knappheit der Zeit und die noch mangelhafte Grundlage der Gewerkschaftsstatistik machte es nicht möglich, eine Lohnstatistik auszuarbeiten, was der Bericht mit Bedauern feststellt; er bringt jedoch eine Statistik über die Arbeitszeit, welche in den Betrieben herrscht, welche von den angeschlossenen Gewerkschaften und den nicht angeschlossenen Buchdruckern erfaßt und beeinflusst werden. Es hatten eine Arbeitszeit

	bis zu 8 Stunden	46 Personen
über 8 bis 9	"	3670
" 9 " 10	"	4025
" 10 " 10 ¹ / ₂	"	1077
" 10 ¹ / ₂ " 11	"	906
" 11	"	970

Zur Eringung einer besseren Lebenslage der Arbeiterschaft haben die angeschlossenen Gewerkschaften für Streiks, Aussperrungen und Gemäßregelte aufgebracht:

1908	8 082,30 Kr.
1909	25 742,80 "
1910	7 234,79 "
1911	26 395,44 "
1912	27 652,70 "
1913	35 625,56 "

Insgesamt 130 733,59 Kr.

Außerdem haben sie aus den Kassenbeständen in diesem Zeitraum 7771,75 Kr. zur tätigen Beförderung der Arbeitersolidarität an andere Organisationen des In- und Auslandes gegeben.

Nach Wiederherstellung der Verfassung im Herbst 1913 schritten die Gewerkschaften sofort daran, eine eigene Gewerkschaftspresse zu schaffen. Gegenwärtig besitzen eigene Verbandsorgane die Bauarbeiter (Auflage 1400), Holzarbeiter (1200), Lebensmittelarbeiter (1000), Fabrikarbeiter (1000), Metallarbeiter (500). Außerhalb der Gewerkschaftskommission haben die Buchdrucker und die Handelsangestellten eigene Verbandsorgane. Alle diese Gewerkschaftsblätter erscheinen 14tägig oder halbmonatlich. Die übrigen Organisationen beziehen je einmal wöchentlich das Parteiorgan, und zwar die Mittwochnummer, welche für die Gewerkschaften besonders bearbeitet wird.

Der Gewerkschaftskongreß erledigte seine Arbeiten in leidenschaftslos ruhiger, rein sachlicher Weise. Eine besondere Aufmerksamkeit wurde dem inneren Ausbau der Gewerkschaften gewidmet. Diesbezüglich bestanden zahlreiche Beschwerden der Mitglieder auf die mangelhafte Administration einzelner kleinerer Gewerkschaften, welche keine Angestellten haben können. Die Ursache liegt in der zu geringen Schulbildung der Arbeiter. Nun lag ein Antrag vor, für alle Verbände ein Administrationsbureau bei der Gewerkschaftskommission zu schaffen. Dieser Antrag wurde nach der Darstellung des Referenten der Gewerkschaftskommission abgelehnt und beschlossen, es den einzelnen Organisationen zu überlassen, nach eigenem Ermessen unter Leitung des Gewerkschaftssekretariats ein gemein-

James, rein administratives Hilfsbureau zu schaffen, ohne die Kompetenz der einzelnen Gewerkschaften irgendwie zu beengen oder die Leitung der Organisationen zu bürokratisieren. Ein zweiter Beschluß verlangt die Schaffung einer Schule für die Gewerkschaftsarbeit und theoretische Bildung. Der dritte wieder appelliert an die gewerkschaftlich Organisierten, bei der Verbreitung der sozialistischen Presse und dem Ausbau der politischen Organisation tätig mitzuwirken.

Da sich die Organisationen der Unternehmer immer mehr entwickeln und den Kampf der Arbeiter um eine bessere Lebenslage erschweren, das Bestreben der Unternehmer bei Streiks darauf ausgeht, immer größere Arbeitergruppen in den Kampf zu verwickeln, so verpflichtete der Kongreß die Organisationen, vor Eintritt in größere oder wichtigere Lohnbewegungen, die Angelegenheit in der Gewerkschaftskommission zur Beratung zu bringen. Anschließend daran wurde empfohlen, in den Gewerkschaften für die Stärkung der Konsumentenorganisation zu wirken, um auch deren Hilfe in den wirtschaftlichen Kämpfen sichern zu können. Ein weiterer Antrag fordert die Gewerkschaften auf, eine besondere Aufmerksamkeit der Regelung der maximalen Arbeitszeit und der Minimallohne zu widmen. Ein in der Sache überflüssiger Antrag, da die Tätigkeit der Gewerkschaften auch bisher auf dieser Plattform stand.

An zweiter Stelle befaßte sich der Kongreß mit der Aenderung der Statuten der Gewerkschaftskommission. Die Obliegenheiten der Kommission führte der Gewerkschaftssekretär, von der Kommission angestellt und derselben verantwortlich. Nach den neuen Bestimmungen führt die Obliegenheiten der Kommission der vom Kongreß auf drei Jahre gewählte Präsident der Gewerkschaftskommission, wodurch dessen Verantwortung auch dem Kongreß gegenüber festgelegt wurde. Zum Präsidenten wurde einstimmig der bisherige Gewerkschaftssekretär Wilhelm Bultseg gewählt.

Eine weitere Aenderung setzt an Stelle des bisherigen Gewerkschaftsausschusses, der sich aus den drei ersten Funktionären jedes Verbandes zusammensetzte, die Versammlung der ganzen Verbandsvorstände. Diese Institution ist ein Hilfsorgan der Gewerkschaftskommission, regelt Konflikte zwischen der Gewerkschaftskommission und einzelnen Gewerkschaften, faßt Beschlüsse über Streiks, an welchen mehrere Organisationen beteiligt und regelt die Solidarität unter den Gewerkschaften.

In eigenen Punkten behandelte der Kongreß sodann den Stand der Arbeiterversicherung in Kroatien, wobei für das ganze Land eine einheitliche Versicherungsklasse mit administrativen Exposituren und lokalen Ausschüssen, die Abschaffung der horrend teuren unverantwortlichen Aufsichtsämter und Unterstellung der Arbeiterversicherung der Kontrolle über die Geseklichkeit der Gebarung der Landesregierung verlangt wird. Weiter wurden die Forderungen zum Ausbau der Arbeiterversicherung formuliert, wie dies auch in anderen Ländern geschah, angepaßt den kroatischen rückständigeren Verhältnissen.

Die überaus große Arbeitslosigkeit der letzten Jahre unter dem Einfluß der wirtschaftlichen sowie inner- und außerpolitischen Mißstände wälzte auf die Gewerkschaften so große Lasten, daß sie fast total erschöpft wurden, ohne bei Stadt und Land

ein Verständnis für die Not der Arbeitslosen erzielen zu können. In knapper Form formuliert eine Resolution die Ursachen der Arbeitslosigkeit, verlangt die Hilfeleistung von Land und Gemeinden an die Gewerkschaften und in weiterer Etappe die Einführung der obligatorischen Arbeitslosenversicherung zu Lasten der Arbeitgeber und Selbstverwaltung der Arbeiter.

Die Mangelhaftigkeit der Arbeiterkrankenversicherung verursachte auf den Generalversammlungen wiederholt Anträge zur Einführung der Krankenunterstützung. Die Gewerkschaft der Schneider und jene der Fabrikarbeiter, die dem Drängen der Mitglieder nachgaben, büßten das schwer durch starke Verschuldung der Organisation zumungunsten des Widerstandsfonds. Um die übrigen Gewerkschaften vor solchen Gefahren zu bewahren, wurde die Gewerkschaftskommission aufgefordert, nach durchgeführten Erhebungen eventuell eine eigene Unterstützungsorganisation für Gewerkschaftsmitglieder ohne Beitrittszwang zu schaffen. Dieser Ausweg wurde aus zwei Gründen gesucht: um eine zu starke Belastung der Gewerkschaften und die Behinderung der Bewegungsfreiheit derselben zu vermeiden, und zweitens, da die bestehenden privaten „Arbeiter“krankenvereine unter dem Einfluß nicht-proletarischen Elemente stehen, die die Arbeiter geistig und moralisch korrumpieren.

Ein weiterer Punkt der Tagesordnung sollte den Generalstreik im Gewerkschaftskampfe behandeln. Die vorgelegene Resolution der Gewerkschaftskommission lehnt den Generalstreik als Kampfmittel entschieden ab, läßt jedoch gleich einer Resolution des sozialdemokratischen Parteitags von 1905, den Massenstreik als Abwehrmittel gegen die Uebergriffe der öffentlichen Gewalt bei Streiks oder bei Behinderung der Koalitionsfreiheit der Arbeiter zu.

Da jedoch eine von vier Delegierten eingereichte Resolution den Generalstreik als gewerkschaftliches Kampfmittel anzuerkennen verlangte, die vorgeschrittene Zeit jedoch eine eingehende Debatte nicht mehr zuließ, so wurde dieser Punkt der Tagesordnung durch einhelligen Beschluß des Kongresses für den nächstfolgenden zurückgesetzt.

Die Tagung schloß mit einer Rede Legiens über die Bedeutung der Gewerkschaftsbewegung, welche in lautloser Stille angehört und mit brausender Zustimmung am Schlusse quittiert wurde.

Agram, 14. April 1914.

D. B.

Hygiene, Arbeiterschutz.

Der Arbeiterschutz in der Schwereisenindustrie.

II.

Ueber die Zulässigkeit von Ueberzeitarbeit, die notwendig ist, um Betriebsstörungen und damit verbundene Feierschichten zu vermeiden, kann schwer ein Streit entstehen. Strittig wird erst die Frage der Ueberstundenarbeit, wenn entschieden werden soll, was Notarbeiten sind. Die Gewerbeinspektoren gehen gewiß nicht rigoros gegen das Unternehmertum vor und dennoch haben auch sie schon oft der Meinung Ausdruck gegeben, daß sehr viel Ueberstunden ohne Not verlangt und geleistet würden. Namentlich sei es das Bestreben der Werkleiter, an Sonntagen die Reparaturarbeiten, die auch an Werktagen erledigt werden könnten, machen zu lassen. Demnach muß das Ueberstundenwesen

Körperliche Ermüdung und entsprechende geistige Erschlaffung zur Genüge kennen, um dem Laien begreiflich machen zu können, warum die Feuerarbeiter sich gegenüber den gewerkschaftlichen Bestrebungen indolent verhalten. Die Abgeraderten besitzen, zumal wenn sie sich dem 40. Jahre ihres Lebens nähern und ihren aufreibenden Beruf seit ihren Jünglingsjahren ausüben, nicht mehr körperliche Spannkraft genug, um die gewerkschaftlichen Lehren genügend in ihr geistiges Bewußtsein aufzunehmen und durchdenken zu können. Der ebenfalls mit der heißen Arbeit zusammenhängende noch starke Alkoholgenuß in den Kreisen mancher Feuerbetriebsarbeiter, ist der gewerkschaftlichen Organisierung dieser Arbeitergruppen natürlich auch nicht förderlich.

Bei der Art und der langen Dauer ihrer schichtweisen Tätigkeit kann die hohe Unfallziffer unter den Hüttenwerksarbeitern nicht wundernehmen. Fast Jahr für Jahr berichten die Gewerbeinspektoren und die Berufsgenossenschaften über Zunahme der Unfälle in der Großeisenindustrie. Für 1913 meldet der Nachener Beamte, die Zahl der (gesamten) Unfälle habe sich von 4695 auf 5497 gehoben: „Die Zunahme der Unfälle erklärt sich hauptsächlich aus dem flotten Geschäftsgang der Großeisenindustrie.“ Der Düsseldorfener Beamte schreibt: „Die Zahl der gemeldeten Unfälle hat eine Steigerung von 39 104 auf 40 255 erfahren. Die Zunahme entfällt vornehmlich auf die Betriebe der Hütten- und Walzwerks- und der Maschinen- und Kleineisenindustrie.“ Im Arnberger Bezirk kamen 74,5 Unfälle gegen 71,93 (1912) auf 1000 Arbeiter: „Weitans die größte Zahl der Unfälle wurde wieder aus Dortmund gemeldet. Ein großes Eisenwerk dieses Bezirks schließt mit 274 Unfällen pro 1000 Arbeiter (!!) besonders ungünstig ab. Genau ein Achtel aller tödlichen Unfälle kommen auf dieses Werk, dessen Arbeiterzahl noch nicht den 45. Teil der Gesamtarbeiterzahl des Regierungsbezirks ausmacht. . . In den Feuerbetrieben haben sich auch in diesem Jahre wieder eine Reihe schwerer und tödlicher Unfälle ereignet.“ So oder ähnlich kann man in den Gewerbeinspektorenberichten Jahr für Jahr die Klagen über die außerordentlich hohe Gefährdung der Menschenleben in den Eisen- und Stahlwerken lesen. In der Regel wird der „flotte Geschäftsgang“ oder die „Notwendigkeit, ungeschulte Arbeiter in größerer Zahl einzustellen“, nicht selten aber auch die „Unvorsichtigkeit und Leichtfertigkeit der Arbeiter“ für die fast andauernde Unfallvermehrung haftbar gemacht. Daß es streng verboten werden müßte, ungeschulte Arbeiter ohne ständige Beaufsichtigung und Unterweisung durch geschulte Leute mit lebensgefährlicher Arbeit zu betrauen, scheint als eine „Utopie“ zu gelten. Wir wissen, daß zahlreiche absolut betriebsfremde, noch dazu der Landessprache unkundige Leute in Gießereien, Walzwerksbetrieben, Abjastagen, beim Transport der schweren Massen beschäftigt werden, wo ein geschulter Arbeiter gut aufpassen muß, um nicht zu Schaden zu kommen. Die internen Betriebsverhältnisse haben sich durch die außerordentlich starke Vermehrung der mechanischen Hilfsmittel viel verändert. In den modern eingerichteten Werken ist die Verwendung menschlicher Arbeitskraft relativ wesentlich verringert worden, die Maschine hat zahlreiche Betriebsarbeiter ersetzt. Aber dafür haben die verbleibenden in dem Gewirr der maschinellen Einrichtungen ihre Aufmerksamkeit und Geschicklichkeit zu erhöhen, die Nervenanspannung geht bis zum Äußersten. Die (prozentual) weitaus größte Zahl

der Unfälle wird denn auch durch bewegte Maschinenteile verursacht. Bei den Berufsgenossenschaften der Eisen-, Stahl- und Metallindustrie wurden als Unfallursachen — nur für die entschädigten Unfälle — ermittelt:

Betriebs-einrichtungen u. Vorgänge, bei denen sich die Unfälle ereigneten	Zahl der Unfälle									
	im Jahre					in Prozent im Jahre				
	1908	1909	1910	1911	1912	1908	1909	1910	1911	1912
Motoren, Transmissionen u. Vorgänge, bei denen sich die Unfälle ereigneten	6570	5707	6052	6573	7118	37,1	35,7	37,7	39,2	38,7
Hebemaschinen	1013	985	990	966	1162	6,7	6,2	6,2	5,8	6,3
Dampfessel, Sprengstoffe, feuergefährliche, heiße, ätzende Stoffe	1604	1438	1436	1595	1826	9,0	9,0	8,9	9,5	9,9
Zusammenbruch, Einsturz, Herab- u. Umfallen von Gegenständen	2034	1907	1908	1746	1865	11,5	11,9	11,9	10,4	10,1
Fall von Leitern, aus Luken, in Vertiefungen	2764	2438	2293	2260	2377	15,6	15,3	14,3	13,5	12,9
Auf- und Abladen, Heben und Tragen von Gegenständen	1063	951	965	1042	1201	6,0	6,0	6,0	6,2	6,5
Beruf zu Land und zu Wasser, Tiere, Handwerkszeug, einf. Geräte	2675	2549	2399	2570	2869	15,1	15,9	15,0	15,4	15,6

Je mehr maschinelle Kraft zur Verwendung kommt und je rasender der Betrieb fauft, um so stärker ist der Muskel- und Nervenverbrauch der Arbeiter, um so gespannter müssen sie Obacht geben, um so schlimmer ist die Einstellung betriebsunkundiger Leute und die noch dazu durch massenhafte Ueberstunden verlängerte Schichtzeit! Die massenhafte Einstellung betriebsfremder Leute geschieht aber gerade in den großen rheinisch-westfälischen und südwestdeutschen Hüttenwerken, obgleich hier, wo der maschinelle Betrieb am höchsten entwickelt und die Massenproduktion im schnellsten Tempo zu Hause ist, auf die Schulung der Arbeiter am sorgfältigsten zu achten wäre. In den kleinen und mittleren Werken beispielsweise im Siegtreis und im Ruhr-Valme-Tal besteht die Arbeiterschaft noch vorwiegend aus geschulten Fachleuten. Auf 1000 versicherte Personen in den Betrieben der rheinisch-westfälischen Hütten- und Walzwerksindustrie kamen 1912 Unfälle zur Anmeldung:

Sektion Hagen	73	Sektion Bochum	187
" Siegen	79	" Dortmund	189
" Düsseldorf	132	" Essen	195
" Aachen	140	" Oberhausen	208
" Köln	148		

Diese Tabelle beweist sonnenklar, daß die riesige Unfallhöhe mit der Entwicklung der Großeisenindustrieanlagen zu Riesenwerken, wie wir sie in Preußen am massigsten in den Bezirken Oberhausen und Essen finden, intim zusammenhängt. Der kolossale Unterschied der Unfallziffer in den Bezirken Hagen-Siegen und dem engeren niederrheinisch-westfälischen Industriegebiet läßt doch auch den Laien erkennen, von welcher Bedeutung der moderne Riesenbetrieb für die Unfallvermehrung geworden ist. Gerade die Inhaber dieser unfallreichsten Riesenbetriebe sind es aber, die ihren mächtigen Einfluß gegen ein wirksames Hüttenarbeiter-Schutzgesetz einsetzen!

Von einem Herrn Dr. rer. pol. R. Kind ist vorjährig „im Auftrage der Nordwestlichen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindu-

arg grassieren und bedarf einer entschiedenen gesetzlichen Einschränkung. Es ist uns wohl bekannt, daß viele Arbeiter, sei es um ihren sonst kärglichen Lohn aufzubessern (das ist die Hauptursache), sei es aus Liebedienerei usw., sich zu Ueberstunden drängen. Aber wir wissen auch, daß gesetzlicher Zwang angewendet werden mußte, um törichte oder gewissenlose Eltern zu hindern, ihre Kindlein im Garten Acker mit zur Grube oder Fabrik zu nehmen. Dieser wohlthätige Zwang muß eben auch gegen erwachsene Arbeiter ausgeübt werden, die nicht begreifen, daß sie sich durch die Ueberstundenarbeit frühzeitig ruinieren.

Im allgemeinen ermittelten die Gewerbeinspektoren folgendes. Es wurden in der preußischen Grobeisenindustrie Ueberstunden geleistet:

	von Proz. aller Arbeiter	total (Stunden)	davon Sonntags	durchschnittliche Dauer der Ueberarbeit	
				für Tag	für Sonntag und Arbeiter in Stb.
1913	47	25 147 678	12 411 347	0,64	3,18
1912	48	24 603 707	11 502 409	0,63	3,02
1911	47	21 229 371	9 433 262	0,59	2,92

Die in Wechselschichten beschäftigten eigentlichen Feuerbetriebsarbeiter können in der Woche wenig oder keine Ueberstunden machen; sie müssen aber vielfach am Wochenenschluß oder an Sonntagen überarbeiten. Gewöhnlich alle 14 Tage muß von ihnen eine erhebliche Zahl 24stündige Wechselschichten leisten; es ist uns fraglich, ob die zweite Schicht stets als Ueberzeitarbeit registriert wird.

Die angegebene Ueberstundenzahl kann längst nicht als die wirklich geleistete angeprochen werden. Um eine genaue Kontrolle ausüben zu können, dazu ist die Zahl der Werksrevisionen zu gering, zumal das Bestreben wahrscheinlich nicht weniger Betriebsleiter dahin geht, Ueberstunden als „regelmäßige Arbeitszeit“ gelten zu lassen, also nicht zu registrieren. Ja, es kommen immer noch Fälschungen der Register vor!

Immer wieder liest man in den Gewerbeinspektorenberichten, daß Betriebsleiter die Ueberstunden nicht eintragen oder durch eine raffinierte Aenderung der Arbeitsordnung Ueberzeitarbeit als „regelmäßige Schicht“ erscheinen lassen. Da die Werksinspektionen keineswegs so häufig sind, daß die Aufsichtsbeamten aus eigener Anschauung über die Betriebsverhältnisse fortlaufend genau unterrichtet sein können, so werden absichtliche oder auch andere Fälschungen der Ueberstundenstatistik nicht immer festgestellt. Wenn absichtliche Unrichtigkeiten ermittelt wurden, erfolgte wohl die Strafanzeige, aber die Strafen fielen häufig gering (oft nur 10 Mk.) aus und schreckten nicht vor Wiederholungen ab. Am heftigsten wehren sich die Unternehmer gegen die Registrierung der Sonntagsarbeit als Ueberarbeit. Das Bestreben, die sieben tägige Arbeitswoche als Normalmaß zur Anerkennung zu bringen, ist offensichtlich! Aus dem Bezirk Düsseldorf wird wieder berichtet, daß „ein großes Werk“ sich durch Aenderung der Arbeitsordnung „der Nachweisung eines Teils der Sonntagsarbeit in den Ueberstundenverzeichnissen zu entziehen sucht“, wogegen „sich keine sichere gesetzliche Handhabe“ bot! Ein deutlicher Fingerzeig auf die Mangelhaftigkeit der Bundesratsverordnung. Das Werk hat vom 1. Januar bis 30. November 1913 „mindestens 527 880

Arbeitsstunden an Sonn- und Festtagen verfahren“, aber nicht registriert! Rund 61 000 Werktagsüberstunden und rund 127 000 Sonntagsstunden, die dieses Werk verfahren ließ, erscheinen nicht in der obigen Tabelle. Dem Drängen, die Sonn- und Feiertage als Arbeitstage auszunutzen (ohne Notlage), entgegenzuwirken, dazu „bieten die zurzeit geltenden Bestimmungen keine ausreichende Handhabe“, schreibt der Düsseldorfser Aufsichtsbeamte und deckt damit wieder eine empfindliche Schwäche der Bundesratsverordnung auf.

Ob schon in der zweiten Hälfte des Jahres 1913 der Geschäftsgang in der Eisen- und Stahlindustrie stark abflaute, teilweise bereits Feierschichten und Betriebseinschränkungen erfolgten, ist doch, wie tabellarisch nachgewiesen wird, die Zahl der Ueberstunden weiter gestiegen. Die Durchschnittszahlen pro Arbeiter sind belanglos, weil die Hauptmasse der Ueberstunden von gewissen Arbeitergruppen, vornehmlich von Maschinenpersonal und Reparaturarbeitern, geleistet wird. Auf diese Arbeiter entfallen, obgleich auch deren regelmäßige Arbeitszeit meist 12stündig ist, monatlich pro Kopf über 60, zum Teil über 90 Ueberstunden! In den Bezirken Arnberg und Düsseldorf machten Blasarbeiter, Maschinisten, Schlosser und Bahnarbeiter über 100 bis zu 131 Ueberstunden in einem Monat! Daß gewisse Arbeiter 24, 36 und noch mehr Stunden hintereinander im Werksdienst bleiben mußten, haben wir 1906 im Reichstag vorgebracht, worauf zwar unternehmerseits eine Bestreitung folgte. Aber sogar die Gewerbeinspektorenberichte aus den letzten Jahren bestätigen, daß in der Grobeisenindustrie immer noch 36stündige Schichten vorkommen! Trotzdem wird ein gesetzliches Einschreiten verweigert.

Die Gewerbeinspektoren sind in ihrem Urteil über die Menschenhindererei in den Betrieben der mächtigen Hüttenherren begreiflicherweise sehr zurückhaltend. (Uebrigens werden die eingehenden Berichte wohl nicht unverkürzt veröffentlicht.) Immerhin schreibt der Aufsichtsbeamte für den Bezirk Arnberg in seinem Bericht für 1913, es müsse „betont werden, daß auch die hier festgestellten überlangen Arbeitszeiten auf die Dauer die Gesundheit der Arbeiter nachteilig beeinflussen und das Familienleben dieser Arbeiter auf das schwerste benachteiligen müssen“. Der Düsseldorfser Beamte schreibt gegenüber der Unternehmerbehauptung, die „Bummelschichten“ machten die Ueberarbeit wert, „daß bei den durch Ueberarbeit am stärksten belasteten Arbeitern ein Ausgleich durch Minderarbeit nur in sehr geringem Maße eintritt“ und konstatiert, daß von der Ueberzeitarbeit ein erheblicher Teil der Arbeiter wiederholt im Jahre betroffen wird. Der Beamte berechnet, daß von den 76 560 Arbeitern der Grobeisenindustrie seines Bezirkes „etwa 11 000 in einem Monat eine mindestens 60stündige und etwa 1300 eine mindestens 90stündige Ueberarbeit werden haben leisten müssen“. Die generelle Durchschnittsberechnung der Ueberstunden pro Kopf der Gesamtarbeiterchaft beschönigt also das trübe Bild des argen Ueberstundenunwesens. Die Masse der eigentlichen Feuerarbeiter ist zwar relativ schwach an der Ueberzeitarbeit beteiligt (wo Wechselschichten herrschen), aber ihre regelmäßige Schichtzeit ist ohnehin zu lang. Wer mit diesen Leuten nach Schichtschluß umgeht, wird ihre große

ftrieller" eine Broschüre gegen den Achtstundentag in der Grobisenindustrie herausgegeben worden. Der Verfasser sollte einige Jahre als Arbeiter in einem der Grobisenwerke schaffen, über deren lebensgefährliche Betriebsverhältnisse die Gewerbeinspektoren zu klagen haben, und dann eine Broschüre über seine Erfahrungen schreiben. Was der Deutsche Metallarbeiterverband in seinem 1912 herausgegebenen umfassenden und ausgezeichneten Werk über die Schwereisenindustrie im deutschen Zollgebiet, ihre Entwicklung und ihre Arbeiter veröffentlicht hat, das zu widerlegen, werden ein Duzend Broschüren, wie die von Kind, nicht imstande sein. Er ist in der Tat hinsichtlich der Kenntnis der fraglichen Arbeiterverhältnisse ein Kind. Sonst würde er es nicht gewagt haben, zu schreiben, im Durchschnitt „der letzten 5 Jahre (1907/1911)“ hätten sich „82,2 Proz. aller Unfälle durch die Schuld der Arbeiter selbst ereignet“! Diese ungemein lähne Behauptung stützt sich auf Untersuchungen, die von den beteiligten Werksbesitzern bezw. ihren Beauftragten, also einseitig von der beklagten Partei, vorgenommen wurden, ohne daß die Partei der Verletzten Gelegenheit gehabt hat, die Methode der Untersuchung stets zu kontrollieren. Warum nicht einfach sämtliche Unfälle auf das Schuldkonto der Arbeiter geschrieben sind, ist schlechterdings nicht zu begreifen; es war doch ein Aufwaschen. Man sollte nur einmal von gänzlich unbeteiligten Seite feststellen lassen, wie viele von den Verletzten oder Getöteten ohne genügende Schulung an die betreffende Arbeit gestellt wurden, das brächte schon die kindlichen Tabellen arg durcheinander. Oder es sollte einmal festgestellt werden, wieviel Unfälle sich, wenn der Betrieb weniger hastig vor sich ginge, nicht ereignet hätten, auch das würde die kindlichen Tabellen durcheinander bringen.

Wie es in einem Walzwerksbetrieb zugeht, das möchten wir doch an einem fürchterlichen Fall, der sich in der Nacht vom 12. auf den 13. Februar 1914 in der Krupp'schen Friedrich-Alfred-Hütte bei Rheinhausen ereignet hat, illustrieren. Einem Reparaturschlosser wurde, als er eine Walzenkuppelung besetzen wollte, der Kopf buchstäblich vom Rumpfe getrennt; der Körper wurde, gräßlich zerfleischt, zwischen zwei Kuppelungen an der Maschine hindurchgezogen. Was dann geschah, schildert die „Niederrheinische Arbeiter-Zeitung“ vom 16. Februar 1914 wie folgt:

„Um 10 Uhr nachts passierte der Unfall. Die Leiche des Bedauernswerten war buchstäblich in Stücke gerissen und zu einer formlosen Masse zerdrückt. Die einzelnen Leichenteile wurden dann zusammengelesen und weggeschafft. Im Schlackenkanal, der sich unter der Walze befindet, fand man beim Reinigen noch verschiedene Weichteile, die mit der Schlacke forttransportiert wurden. Um 11 Uhr rasselten schon wieder die Maschinen und: **Kilos, Kilos** — — war wieder die Losung. Der Zeitverlust von einer Stunde mußte doch wieder herausgeholt werden. Wohl hingen an dem Gerüst noch einzelne Fleischstücken, aber die Produktion durfte nicht länger gestört werden. Bis Freitag mittag wurde dann in einer Tour durchgewalzt, ehe man zu einer gründlichen Reinigung und Aufräumung überging. Dreizehn Stunden

arbeiteten die Leute im Anblick der Fleischstücken ihres Kameraden und keiner hatte den Mut, sich aufzubäumen gegen dieses gemeine, niederträchtige System, keiner wagte es, die Broden hinzuzufeuern und dieser Gesellschaft in die Ohren zu brüllen: Riskiert es, eine Maschine laufen zu lassen, ehe nicht die Leichenteile unseres Kameraden alle restlos entfernt sind. Wagt es einmal! **Aber niemand muhte sich.** Wohl ging eine Empörung durch die Reihen der abgestumpften Arbeitsflaven, aber als die Maschinen wieder rasselten und zur Arbeit angepöfien wurde, da stellte sich jeder schweigend an seinen Platz. Geessen wurde in der Nacht nichts mehr, die Arbeiter der Nachtschicht nahmen ihr karges Nachessen mit nach Hause. Morgen oder übermorgen ist vielleicht der nächste von ihnen dran. Der nächste, der jetzt noch bei Weib und Kind weilt, der abends zur Schicht geht und nach wenigen Stunden in tausend Fetzen zerrissen ist.“

Uns sind schreckliche Betriebsunfälle mit schauerlichen Begleiterscheinungen nicht unbekannt, und doch fragten wir bei der Redaktion der „Niederrh. Arbeiterztg.“ an, ob sie nicht wenigstens eine Berichtigung von der Betriebsleitung — die Berichtigungen erfolgen sonst prompt — erhalten habe, da die Mitteilungen doch eine entsetzliche Barbarei behaupteten. Zwei Monate sind seit der Veröffentlichung des Schauerlichen verstrichen, die „Niederrh. Arbeiterztg.“ hat weder eine Berichtigung noch eine gerichtliche Klage bekommen! Dagegen von den empörten Arbeitern mehrfach die Bestätigung der Richtigkeit jener Darstellung. Ist sie somit unstrittig, dann enthüllt sie ein so fürchterliches Bild von den Betriebszuständen in jenem Werk, auch von der durch diese entsetzlichen Verhältnisse erzeugten Abstumpfung der unglücklichen Betriebsmenschen, daß die ausschweifendste Phantasie eines Schauerromanschreibers kaum Abscheulicheres ersinnen kann, als was nun Wirklichkeit geworden ist. Was kann anders als eine Mißachtung der großen Betriebsgefahren, was anders als eine gefühlbare Geringschätzung des Menschenlebens herauskommen, wenn man gar keine Pietät vor den zerstückelten Opfern dieses Betriebsystems besitzt? Der schreckliche Fall auf der Friedrich-Alfred-Hütte ist allerdings das Allerärge, was uns über die Menschenbehandlung in den Hüttenwerken bekannt geworden ist. Aber er hängt mit der Jagd nach Mehrproduktion, mit dem hieraus folgenden Prämien- und Akkordlohnssystem, mit der Abstumpfung der Beamten und der Arbeiter durch die Gewöhnung an die lebens- und gesundheitsgefährlichsten Betriebsmischstände zusammen. Wenn sich schon die sehr vorsichtig urteilenden Gewerbeinspektoren, denen längst nicht alle schweren Menschengefährdungen bekannt werden, verurteilend über die maßlose Ausnutzung der Arbeitskräfte in gewissen Betrieben der Schwereisenindustrie aussprechen, dann sollte auch Herr Staatssekretär Dr. De l b r ü c k einsehen, daß es wohl noch sehr wichtige soziale Probleme zu „lösen“ gilt und es eine Regierung, die auf sozialpolitische Reputation hält, nicht wagen darf, den Erlaß eines Hüttenarbeiterchutzgesetzes auf die lange Bank zu schieben.

Otto Hue.